G 9476 ISSN 1617-8335 Nr. 146 1. Quartal 2004 17. Jahrgang € 3,75

Der Kanzler feiert den „D-Day"

Bush besiegt Schröder

nation24.de

DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN

Ein Staatsdiener wird zum Mörder

Über den Fall Thomas Adolf

Patriotismus von links?

Bürgerrechte, Nation, Sozialstaat



Was bedeutet der Begriff Nation?

nation24.de
DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN

Täglich aktuell im Internet.
Die gedruckte Ausgabe erscheint vierteljährlich zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November.

Inhalt

Zugangsdaten

für den Abonnenten-Bereich
Name: demnat
Kennwort: 659am

Hausmitteilungen

nation24.de Nr. 146

Der Journalist Andreas Fasel hat unlängst in der „Welt am Sonntag" die junge Mode-Macherin Eva Gronbach als „Paradebeispiel einer neu erwachenden, unverkrampften und unbelasteten Vaterlandsliebe" vorgestellt. So etwas gibt es wirklich. Sehen Sie selbst! Eva Gronbach zeigt einige Ergebnisse ihrer Arbeit im Internet und bietet online hochwertige T-Hemden, Pullover und Nickis im Adler-Stil und in schwarz-rot-gold zum Kauf an: www.evagronbach.de

„mutter erde vater land" heißt eine ihrer Kollektionen, die ganz und gar nicht in die Klischees von „Blut und Boden" hineinpassen wollen. „mutter erde" – ihr kann Mensch zugewandt sein, ohne seine Wurzeln zu kappen. „vater land" – das sind die Deutschen von heute im Begriff, für sich mental zurück zu erobern.

Der konstruktive Umgang mit dem eigenen Land ist für die meisten Deutschen längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Nur im politischen Überbau und in Teilen der Massenmedien werden die alten Vorbehalte gegen Deutschland künstlich am Leben gehalten, offensichtlich als Ausdruck eines Prozesses der Entfremdung gewisser selbsternannter „Eliten" von der breiten Mehrheit der Bevölkerung.

Ein neues deutsches Selbstbewusstseins wird ohne politische Folgen bleiben oder gar zur vorübergehenden Mode verkommen, solange die ernste Auseinandersetzung mit dem Begriff der Nation ausbleibt und niemand der Frage nachgeht, was genau Nation heute ist und morgen sein soll. In einer umfangreichen Artikelserie wird nation24.de Beiträge liefern, die auf diese Fragen Antworten geben sollen: so allgemein-verständlich wie möglich, aber auch so gründlich wie nötig. Wir werden uns dem Begriff, der unserem Magazin den Namen gibt, aus verschiedenen Richtungen annähern. Zunächst sprachlich: Wie wurde „Nation" früher definiert, was wollen wir heute darunter verstehen? Dann historisch: Welche Konzepte von „Nation" hatten Bestand, wie bildete sich die moderne Nation der Deutschen heraus? Dann konzeptionell: Wie kann „Nation" politisch gedacht werden, wie oder was soll die „Nation" in Zukunft sein?

Wie jene, die sich gegen die Nation im allgemeinen wenden und die gegen die Nation der Deutschen besondere, meist historisch begründete Vorbehalte ins Feld führen, eine kleine, aber aktive Minderheit sind, so bedarf auch die patriotische Reformation einer aktiven Minderheit, die als ihr Träger und Antreiber in Erscheinung tritt. Im „Zeitalter der Massen" gilt der amerikanische Grundsatz: „size matters". Es ist unumgänglich, daß sich diese aktive nationale Minderheit in die Öffentlichkeit begibt, um ihre Landsleute wach zu rütteln. Wir haben uns viel vorgenommen.

Jeder von oben verordnete Patriotismus ist tot. Der Staat kann Organ der Nation sein, aber nicht ihre Grundlage. Repressive Tendenzen von oben geben einem neuen nationalen Bewußtsein von unten erst das Image des „Echten", „Unverfälschten" – sie werden in der entscheidenden Auseinandersetzung die Geburt einer neuen Nation nicht behindern, sondern ihr als Widerpart die höhere Weihe geben. So war es in der Sowjetunion in den 80er und auf dem Balkan in den 90er Jahren. So wird es in Westeuropa im 21. Jahrhundert sein.



Barrikadenkämpfe in Berlin am 18. März 1848.

Wer nicht bereit ist, für die Nation den Weg „down under" zu gehen, der ist auch nicht würdig, ihre Farben zu tragen. Dabei wäre ein Nachgeben gegenüber den Verkrampften, den Rassisten, den Ewig-Gestrigen, die die Nation für sich vereinnahmen wollen und die der Repression die Vorwände liefern, ein unverzeihlicher Fehler. Wer mit uns hadern will, soll dies gefälligst mit offenem Visier tun und unter Bezugnahme auf das, was wir wollen, und nicht auf das, was wir nach gegnerischer Auffassung wollen sollen. Diesbezüglich ist nation24.de radikal und unmissverständlich. Auf diesem Feld werden keine Kompromisse mehr gemacht!

Unsere Botschaft lautet: Ihr Deutschen habt durchaus noch etwas zu verlieren, aber viel mehr zu gewinnen. Ihr sollt das Wagnis eingehen und bekennen: „Ich bin Deutscher, und das ist gut so!"

Manfred Rouhs

IMPRESSUM

Herausgeber

Manfred Rouhs, Sülzburgstr. 243, 50937 Köln (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Anschrift

Postfach 30 10 10, 50780 Köln

eMail

info@nation24.de

Fernruf

02 21 - 420 11 07
oder 01 72 - 23 20 792
Mo. - Sa. von 15.00 bis 20.00 Uhr

Fernkopierer

02 21 - 420 11 08

Druck

Eigendruck

Bezug

Der Jahresbezug als Postvertriebsstück im Inland kostet EURO 15,–, der Bezug im In- oder Ausland im Umschlag kostet EURO 20,–. Der Jahresbezugspreis muß im voraus entrichtet werden. Der Einzelpreis für dieses Heft beträgt EURO 3,75. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf des Vorjahres gekündigt wird. Gerichtsstand ist Köln.

Sammelbestellung

10 Hefte kosten EURO 18,75.

Was bedeutet der Begriff Nation?

Von der römischen natio zum modernen politischen Verständnis von Nation

Das Wort Nation ist vom lateinischen *natio* abgeleitet und bedeutet dort ursprünglich - neben Geburt und dem Namen einer Göttin der Geburtshilfe - Art, Tier-Rasse oder Menschen-Schlag. Sie haben richtig gelesen: der Ausdruck fand seinerzeit keineswegs nur auf Gruppen oder Kategorien von Menschen Anwendung, sondern diente auch der Bezeichnung von Tier-Rassen, von Vieh (so noch bei Varro im 1. Jahrhundert v. Chr.). Dann tritt natio in Konkurrenz zu gens auf, wobei gens, als das gleichsam vornehmere Wort, eher auf aus römischer Sicht kulturell oder politisch bedeutsamere Völker (im Gegensatz zu bloßen „Völkerschaften") angewendet wurde; gens konkurriert so gelegentlich mit populus, das freilich in den staatlich-offiziellen Verlautbarungen (beispielsweise in politischen Verträgen) der Selbstbezeichnung der Römer vorbehalten blieb.

In der Spätantike und im frühen Mittelalter verwischen diese Unterschiede, so daß Brühl für diese Zeit feststellen kann: „Der Gebrauch von populi, nationes und gentes ist nicht säuberlich zu trennen, und jeder Versuch einer präzisen Definition der drei Begriffe scheint mir a priori zum Scheitern verurteilt angesichts der Tatsache, daß sie häufig synonym gebraucht werden" (Seite 244). Trotzdem lassen sich für die Zeit von etwa dem 4. bis zum 13. Jahrhundert gewisse Unterschiede im Bedeutungsschwerpunkt dieser drei Wörter feststellen: Populus zielt eher auf das Binnenverhältnis einer ethnischen oder politischen Einheit (Volk als Staatsvolk, als niederes Volk im Gegensatz zur Herrschaftselite, oder auch als konkreter Volkshaufe bzw. einfach „irgendwelche Leute"); es wird deshalb auch relativ selten zur Kennzeichnung ethnischer Gruppen im Vergleich benutzt. Dafür steht in erster Linie gens, das freilich aus dieser dominierenden Stellung ab dem 12. Jahrhundert allmählich „zugunsten von natio verdrängt (wird) und schließlich sogar völlig auf die Bedeutung ‚Volk' verzichten muß" (Brühl, Seite 261). Sofern hier überhaupt ein Bedeutungsunterschied zu natio festzustellen ist, liegt er erstens darin, daß mit diesem Ausdruck eher auf die ethnografische Vielfalt oder Buntheit eines Gebiets verwiesen wird, und daß zweitens natio gelegentlich noch immer ein herabsetzender Ton zu eigen ist. Dieser negative Beigeschmack, den die Nation wesentlich erst im Zuge ihrer gewaltigen begrifflichen Erhöhung gegen Ende des Mittelalters verlieren sollte, findet sich übrigens mundartlich im Deutschen bis ins 19. Jahrhundert: Wie dem Grimm'schen Wörterbuch zu entnehmen ist, bedeutete in der Altmark, im Leipziger und im Basler Raum natio soviel wie Gelichter oder Lumpenpack (Band XIII). Überdies hat sich offensichtlich nicht nur im Deutschen, sondern auch im Englischen die alte Bedeutung von Tier-Rasse oder Menschen-Schlag sehr lange gehalten: Heißt es z.B. bei Goethe einmal „Wir Mädchen sind eine wunderliche Nation", so spricht der Satiriker Samuel Butler (1612 - 1680) von den Rechtsanwälten als einer „zu weisen Nation, um ihr Gewerbe der Disputation auszusetzen", oder, etwas früher, der Dichter Edmund Spenser gar von einer „Nation der Vögel". - Durchgängig häufiger als gens wird natio demgegenüber in der Einzahl, d.h. zur Bezeichnung der (ethnischen) Abstammung oder Herkunft einer Einzelperson benutzt, wobei diese Herkunft auch territorial gemeint sein kann - ein Umstand, der die im 12. Jahrhundert beginnende Bedeutungsausweitung des Wortes teils begünstigt hat, teils anzeigt.



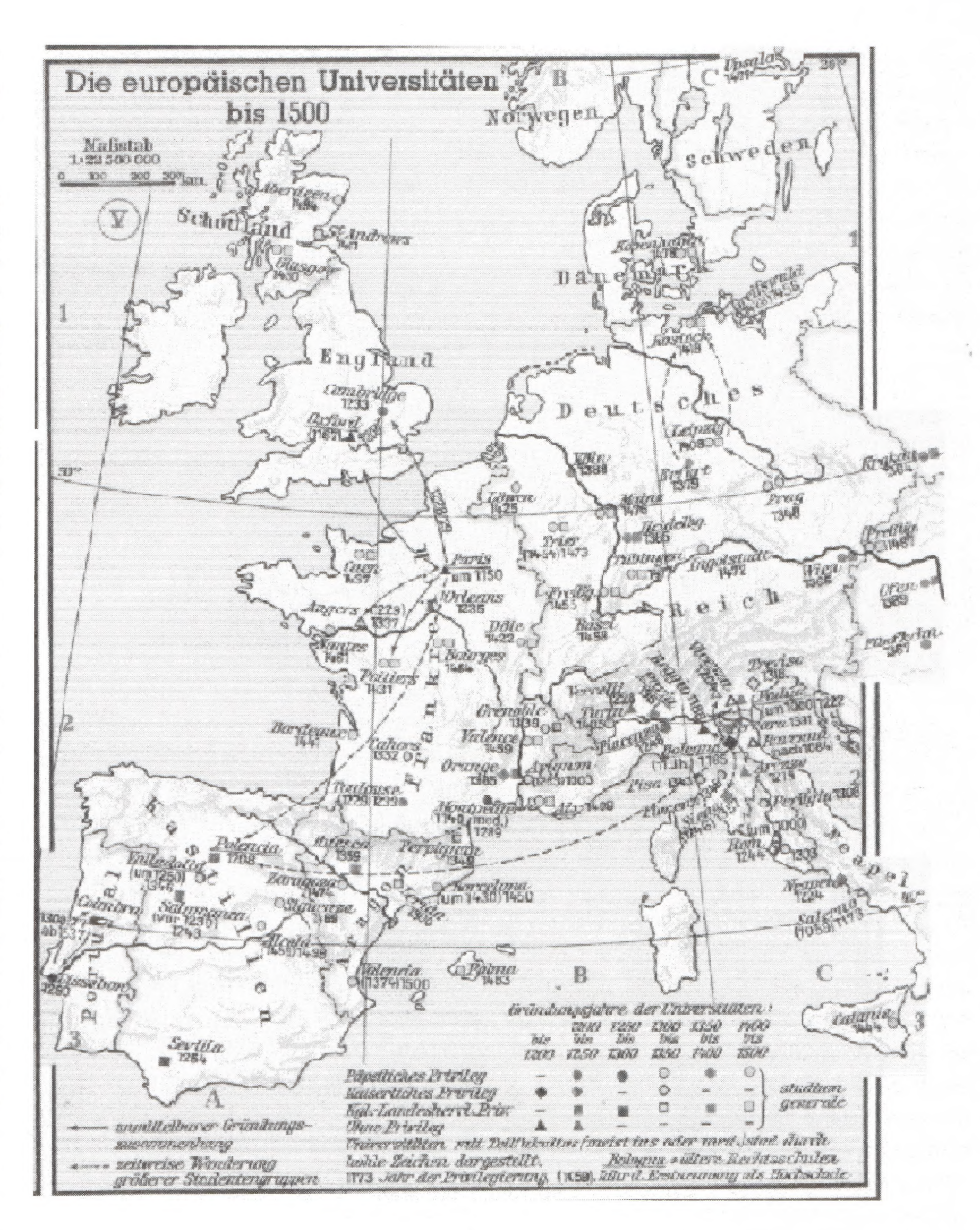
Diese römische Darstellung aus der Zeit um Christi Geburt zeigt oben die vornehmen römischen Bürger und unten, von diesen separiert, das gemeine Volk, das lange Zeit mit dem Begriff natio bezeichnet wurde: *„... Gelichter oder Lumpenpack ..."*

Im Spätmittelalter besitzt das Wort auch die Bedeutung von (politischem) Territorium, von Landes- oder Stadtzugehörigkeit. Den Übergang dürfte hier die Einteilung der Studenten nach nationes, d.h. nach Landsmannschaften bilden, wie sie seit dem 12. Jahrhundert an den europäischen Universitäten üblich wurde: „Zunächst war die Natio eine Korporation fremder Scholaren zum Schutze ihrer Interessen, wie sich ja damals auch die fremden Kaufleute in Hansen zusammenschlossen" (Hertz, Seite 4); allerdings organisierten sich nicht nur Studenten in der Fremde, sondern - jedenfalls in vielen niederdeutschen Städten - ab dem 14. Jahrhundert gerade die Kaufleute, ja auch Handwerker in nationes (vgl. Neumann, Seite 145).Von der Einteilung der Studenten, die sich gewöhnlich nicht mit nationalen Zugehörigkeiten im modernen Sinn deckte, aber gleichwohl schon massive, sprachlich und kulturell bedingte Gegensätze quasi-nationaler Art kannte, sind Wort und Sache auf die christliche Kirche, d.h. die

Gliederung der Konzilsteilnehmer, übertragen worden (so schon beim Konzil von Lyon 1274, in Schärfe bei dem Konzil von Konstanz 1414 - 18).

Die spezifisch politische Verwendung des Wortes im Sinne eines territorialen *Herrschaftsverbandes* beginnt wohl in England, und zwar vereinzelt schon im 13. Jahrhundert, doch setzt sich der so verstandene Nationsbegriff „erst im Zusammenhang mit der Verstärkung des Nationalbewußtseins in der Mitte des 17. Jahrhunderts an Stelle des älteren ‚body politic' durch" (Ritter, Seite 25 f.). Auf dem Kontinent findet sich, etwas später, dieses politische Verständnis zuerst in Frankreich, und zwar aus eigener romanischer Tradition als nation, d.h. in einem gewissen Bruch mit der (lateinischen) Worttradition. Wohl von Frankreich ist zu Beginn des 15. Jahrhunderts der neue Sinn von natio nach Deutschland gekommen: „Mit den gravaminae nationis Germanicae von 1438 wird die natio Germanica (...) zu einem festen politischen Begriff" (Brühl, Seite 260), während der entsprechende offizielle Reichstitel („Heiliges Römisches Reich deutscher Nation") zum ersten Mal 1474 auftaucht - und sich von dort aus schnell in den übrigen (mittel- und ost)europäischen Raum verbreitet. Die rasche Allgemeinheit des neuen Wortgebrauchs sollte jedoch nicht über die starken, nach Ländern und Zeiten wechselnden Bedeutungsinhalte gerade vertikaler Art hinwegtäuschen. Diese vertikale oder Rangdimension von natio ist schon deshalb zu betonen, weil sie in der Vergangenheit von ungleich größerer praktischer Bedeutung als die gleichsam *horizontale* Abgrenzung der europäischen Nationen voneinander gewesen ist.

In politischer Hinsicht – das sei hier vorläufig, vorbehaltlich einer Präzisierung in den folgenden Druckausgaben von nation24.de festgestellt - ist die moderne Nation die *Gesamtheit* der Angehörigen eines Staatsgebietes oder eines Volkes, das zwar über keinen eigenen Staat verfügt, ihn aber als Ausdruck und Mittel der politischen Souveränität anstrebt (wie es beispielsweise die Kurden tun). Demgegenüber sind die *vormodernen* Nationen ständisch verfaßte Personenverbände eines Territoriums bzw. deren Repräsentanten. Soweit es Streit darüber gab, wer die Nation sei, bezog er sich folglich etwa darauf, ob neben dem Adel und der hohen Geistlichkeit auch die (Vertreter der) Städte zur Nation gehörten. Diesem Grundsachverhalt entsprechend, gab es in Europa auch reine *Adelsnationen,* wie die

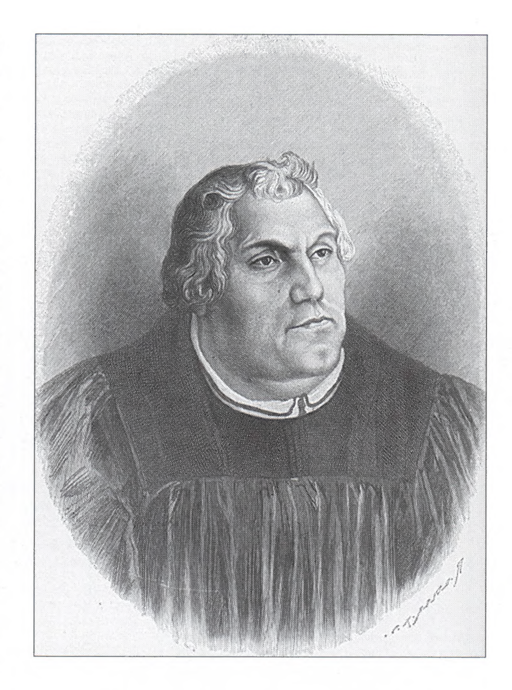


Karte der europäischen Universitäten um das Jahr 1500. Die Einteilung der Studenten nach ihrer natio ab dem 12. Jahrhundert leitete zur modernen Prägung der Bedeutung von Nation über, ohne ihr bereits zu entsprechen:*„... sprachlich und kulturell bedingte Gegensätze quasi-nationaler Art ..."*

polnische oder ungarische Nation, die noch im 19. Jahrhundert (mindestens) neun Zehntel der Landesbewohner von der Zugehörigkeit zur Nation ausschlossen. - Um die frühere Situation wenigstens für Mittel- und Westeuropa zu skizzieren: Als der Ausdruck „deutsche Nation" zum ersten Mal offizielle Verwendung findet (eben 1438), meint er die Gesamtheit der (weltlichen und geistlichen) Reichsfürsten und der Reichsstädte; redet Luther von der deutschen Nation, so versteht er darunter die „Bischöfe und Fürsten", die er dem „Volk" gegenüberstellt. Mit der zunehmenden politischen Zersplitterung Deutschlands gewinnt Nation hier überdies eine verstärkt territoriale bzw. einzelstaatliche Färbung: so gibt es im 18. Jahrhundert nicht nur eine landständische ostpreußische, sondern auch eine „Calenbergische Nation". Es kann freilich nicht überraschen, daß diese Zersplitterung das Verständnis der Nation als einer übergreifenden kulturellen Einheit, jedenfalls bei Teilen der Gebildeten in Deutschland, bereits vor Herder und der Romantik gefördert hat.

Ähnlich in der Abgrenzung nach unten stellte sich die Situation in Frankreich dar, wo nur die Generalstände und die über das Land verstreuten Parlamente zur Nation zählten. Eine gewisse Ausnahme bildet hier, sieht man von den Sonderfällen der Schweiz und der Niederlande ab, lediglich England, in dem die soziale Basis der Nation stets

breiter war und, in Fortsetzung der alten Volksgesamtheit aller „freien Männer", neben dem Adel auch die wohlhabenden Hausväter umfaßte. Was sich in Frankreich modellhaft abgespielt hat, nämlich ein mehr als zweihundertjähriger ideologischer und politischer Kampf um den vertikalen Umfang der Nation, ist gleichwohl in einem zukunftsweisenden Aspekt im England Cromwells vorweggenommen worden. Nämlich die wirkungsmächtige Vorstellung, daß eine standesunabhängige, aus eigenem Recht vorhandene „energische Minorität" (Hertz) die eigentliche Nation repräsentiere und deshalb zur politischen Führung berufen sei; wie Hertz hinzufügt, findet dieser später immer wieder aufgegriffene Gedanke, lediglich eine solche *Elite* bilde die Nation, „heute" seine Fortsetzung „bei den Theoretikern des Faschismus und des völkischen Umsturzes" (Seite 10 und 21). In Frankreich selbst ist der Anspruch, in Wahrheit die Nation zu sein oder zu repräsentieren, teilweise gleichzeitig vom König (so ausgeprägt bei Ludwig XIV.), vom Adel (protorassische Begründung von de Boulainvilliers und Nachfolgern) und, mit schließlich revolutionärem Erfolg, dem dritten Stand, dem Bürgertum erhoben worden, doch lebten nach der Napoleonischen Ära die adeligen Ansprüche ideologisch wie politisch für mindestens sechzig Jahre wieder auf. Ähnliches gilt, stärker auf die bloß geistige Sphäre beschränkt, für Deutschland nach 1815, wo sich neben linksliberalen Befürwortern einer elitären Auffassung auch Konservative wie der alt gewordene Friedrich Schlegel finden, die ebenfalls die Nation auf den Adel einschränken wollen.



Martin Luther ging es, wenn er von der Nation sprach, nicht um das „deutsche Volk" im modernen Sinne: *„Als der Ausdruck ‚deutsche Nation' zum ersten Mal offizielle Verwendung findet (eben 1438), meint er die Gesamtheit der (weltlichen und geistlichen) Reichsfürsten und der Reichsstädte; redet Luther von der deutschen Nation, so versteht er darunter die ‚Bischöfe und Fürsten', die er dem ‚Volk' gegenüberstellt."*

Die große Zäsur zwischen vormoderner und moderner Nation bildet die Französische Revolution von 1789 mit ihren Schlachtrufen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - aber auch, was heute gerade in Deutschland gerne ausgeblendet wird: Einheit und Unteilbarkeit der Nation. Ihr prinzipielles Resultat, nicht nur für Frankreich, sondern auch für das übrige Europa und schließlich darüber hinaus, läßt sich so umreißen: „Aus dem Objekt eines Volks von Untertanen, dem erst die Aktion der Regierung Ordnung, Einheit und Bedeutung verleiht, ist das Subjekt der alle Herrschaft emanierenden Nation geworden" (Ziegler, Seite 105). Auf der Ebene der politischen Ideologie bedeutete die allmähliche Durchsetzung dieses Prinzips der *Volkssouveränität,* daß damit auch die angedeuteten elitären Auffassungen von der Nation bis hin zu den bolschewistischen Herrschaftsformen in Mittel- und Osteuropa nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg grundsätzlich unter den Zwang gerieten, ihre Ansprüche bzw. deren politische Realisierung mit dem („wahren") Willen des Volks oder doch dessen größtem Teil („Arbeiterklasse") zu legitimieren. Eine Zäsur bildet die Französische Revolution aber auch in dem umfassenderen Sinne, daß sie die überkommene ständische Ordnung radikal beseitigt und die moderne bürgerliche Ordnung institutionalisiert hat. Denn wie immer der Zusammenhang zwischen der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft und der Entstehung der modernen Nationen bzw. Nationalstaaten theoretisch zu fassen und nach den einzelnen Ländern zu präzisieren ist - die moderne Nation setzt die moderne Gesellschaft voraus, ist jedenfalls in Europa mit ihr und durch sie entstanden. Zwischen dem Wandel von der vormodernen zur modernen Nation und der Entwicklung der alten *societar civilis* (als „‚politischer' oder ‚bürgerlicher' Verband der Verantwortlichen", letztlich der „selbständigen Hausväter" (Conze) hin zur modernen Gesellschaft als der alle Staatsbürger umfassenden Assoziation von prinzipiell Gleichen und Freien besteht eine allgemeine Parallelität.



Treffen europäischer Adeliger (Ludwig XIV. und August der Starke begrüßen einander) im 18. Jahrhundert. Lange Zeit galten nur Adel und Klerus als Angehörige der Nation: *„... neun Zehntel der Landesbewohner von der Zugehörigkeit zur Nation ausschlossen."*

Gleichwohl hat - jedenfalls in Mittel- und Osteuropa - die bis zum 19. Jahrhundert eminent praktisch-politische Frage, welche Bevölkerungsgruppen eines Landes, einer (quasi)ethnischen Großgruppe die Nation ausmachen, auch theoretisch, d.h. bei den *wissenschaftlichen* Nationskonzeptionen, noch lange weitergewirkt. So antiständisch die gewöhnlich aus dem Bürgertum stammenden Wissenschaftler des (späten) 19. Jahrhunderts mehrheitlich auch gesinnt waren, ihre *auch* der alten Situation geschuldeten Bestimmungen der Nation als Gemeinschaft der *Hochkultur*

führten nach ihrer inneren Konsequenz zum theoretischen Ausschluß beträchtlicher, ja der zahlenmäßig klar dominierenden Bevölkerungsteile aus dieser Gemeinschaft. Eine gleich doppelte Einschränkung nimmt hier z.B. Gumplowicz vor, nach dem nicht nur die „ungebildete Volksmasse" nicht zur Nation gehört, weil sie an den für die jeweilige „Kultur- und geistige Interessengemeinschaft" spezifischen hochkulturellen Erzeugnissen keinen Anteil habe, sondern auch „die auf den höchsten Stufen geistiger Bildung angelangten Menschen", insbesondere der europäische Hochadel (Seite 289). Ganz ähnlich argumentiert Spann hinsichtlich der Bevölkerungsmehrheit: „Volkstum reicht nur so weit, als die Kulturfähigkeit der Masse reicht" (Seite 483).

Selbst bei Bauer, dem überragenden marxistischen Nationstheoretiker, ist die Trennung zwischen einer (privilegierten) Minderheit von Nationsangehörigen und der großen Mehrheit des einfachen Volkes als bloßer „Hintersassen der Nation" ein überall in Europa zu beobachtender zentraler Sachverhalt nationaler Wirklichkeit. Allerdings arbeitet bei ihm, wie er am breit entfalteten Beispiel der deutschen Nation zu zeigen versucht, der Gang der Geschichte durch die Jahrhunderte, d.h. die allmähliche, durch revolutionäre Umbrüche wie lähmende Rückschläge charakterisierte Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, unaufhaltsam an der Aufhebung dieser Trennung. In systematischer Absicht unterscheidet er so drei Stufen der Nation: Auf ein erstes, urkommunistisch gedachtes Stadium in der Frühzeit der Geschichte, in dem die Nation Natur- und Kulturgemeinschaft zugleich ist und mithin alle Angehörigen der entsprechenden ethnischen Gruppe umfaßt, folgt das historisch gut belegte Stadium der Nation als Kulturgemeinschaft der Herrschenden, in die freilich, trotz unübersehbarer Rückentwicklungen im faktischen Geschichtsverlauf, allmählich immer weitere Bevölkerungskreise einbezogen werden. Die Durchsetzung des modernen Industriekapitalismus bringt dann, allerdings mehr gegen als mit dem Willen seiner Träger, eine immerhin partielle Überwindung des nationalen Ausschlusses der Bevölkerungsmehrheit (von Arbeitern, Bauern) mit sich; aber erst mit der gesellschaftlichen Umwälzung des „demokratischen Sozialismus" wird die „Scheidung zwischen Genossen und Hintersassen der Nation" ein Ende haben, wird die „nationale Kulturgemeinschaft" wirklich hergestellt werden (Seite 108 und 101).

In eher umgekehrter Richtung ist es eine die historische Forschung schon seit längerem beschäftigende Frage, ob es denn Nationen in einem *modernen* Sinne oder (lediglich) Ansätze dazu bereits im Mittelalter gegeben hat. Inhaltlich hängt diese Problematik eng mit einer benachbarten zusammen, nämlich dem Zeitpunkt und den Ursachen der Herausbildung der europäischen *Völker,* also der Ethnogenese in Europa. Neigt man dazu, die Existenz von (Vorformen der) Nationen schon im Frühmittelalter zu bejahen, stellt sich die Frage in spezifischerer Fassung dann so, ob bei den einzelnen Nationen die Ethnogenese der Nationsbildung vorausging oder zumindest unabhängig von ihr verlief, oder ob die Ethnogenese der Nationsbildung *folgte* - und sei es nur in dem Sinne, daß sie eine politische Zusammenfassung von vorher weitgehend voneinander unabhängigen Bevölkerungseinheiten, etwa Stämmen, durch *Herrschaftsmittel,* etwa Krieg und dauerhafte Unterwerfung, voraussetzte. Andererseits ist klar, daß, in eher formaler Hinsicht, die Antwort auf diese und ähnliche Einzelfragen stark davon abhängt, wie man Nation, Volk usw. genau definiert. Da die entsprechenden begrifflichen Präzisierungen auch theoretisch bzw. konzeptuell von großer Bedeutung sind, sollen in nation24.de Nr. 147 zunächst sie vorgenommen werden. Allerdings stehen dabei nicht Nation und Nationalismus im Zentrum der Darstellung, sondern Volk und ethnisches Bewußtsein, denn die systematische Entfaltung der modernen Nations- und Nationalismusproblematik wird Thema einer folgenden genauen Analyse sein.

Literaturverzeichnis:

Brühl, C.: Deutschland - Frankreich. Die Geburt zweier Völker. Köln / Wien 1990

Bauer, O.: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1924

Hertz, F.: Wesen und Werden der Nation, in: Jahrbuch für Soziologie, Band III, 1. Ergänzungsband, Karlsruhe 1927

Gumplowicz, L.: Das Recht der Nationalitäten und Sprachen in Österreich-Ungarn, Innsbruck 1879

Neumann, F. J.: Volk und Nation, Leipzig 1888

Ritter, G. A.: Nation und Gesellschaft in England, in: Historische Zeitschrift, Nr. 198, 1964

Spann, O.: Gesellschaftslehre, Leipzig 1914

Ziegler, H. O.: Die moderne Nation, Tübingen 1931



„Die Freiheit führt das Volk" in die Wende der europäischen Geschichte: *„Die große Zäsur zwischen vormoderner und moderner Nation bildet die Französische Revolution von 1789 mit ihren Schlachtrufen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - aber auch, was heute gerade in Deutschland gerne ausgeblendet wird: Einheit und Unteilbarkeit der Nation."*



Endlich da, wo sein Amtsvorgänger Helmut Kohl gerne gelandet wäre: *„Wenn am 6. Juni 2004 Georg W. Bush den amerikanischen Imperialismus schön redet, wird Gerhard Schröder daneben stehen und garantiert keine Silbe von sich geben, die als Kritik an der internationalen Politik der Bush-Administration gewertet werden könnte."*

Gerhard Schröder bei den Siegern der Geschichte

„D-Day" in der Normandie: Am 6. Juni 2004 feiert erstmals ein deutscher Bundeskanzler mit

Gerhard Schröder kann politische Erfolgsmeldungen gut brauchen. Seine Partei hat im Jahr 2003 mehr Mitglieder verloren als irgendwann sonst im letzten halben Jahrhundert. In Meinungsumfragen befindet sich die SPD seit geraumer Zeit im freien Fall. Die Arbeitslosigkeit hat ein Rekord-Hoch erreicht. Die Staatskassen sind leer. Das einzige aktuelle Plus in der Schröderschen Regierungs-Bilanz betrifft die Außenpolitik und kostet den Steuerzahler im Vergleich zu dem, was sich der Mann sonst geleistet hat, nur ein paar Peanuts für Flug, Hotelkosten und Sicherheitsdienst: als erster Bundeskanzler wird Gerhard Schröder mit auf dem Siegertreppchen stehen, wenn die Staatslenker der westlichen Welt am 6. Juni 2004 den „D-Day" begehen, den Jahrestag der Landung alliierter Truppen in der Normandie.

Bei der Gedenk-Show wird George W. Bush die Regie führen. Der mächtigste Mann der Welt gewinnt mit der Anwesenheit Schröders mehr, als er verlieren könnte. Denn es liegt auf der Hand, daß Bush die Geschichte für einige ebenso sachlich irreführende wie unappetitliche Vergleiche zurechtbiegen wird. Er wird Parallelen zum Irakkrieg ziehen. Er wird Saddam mit Hitler, die Araber von heute mit den Deutschen von damals und die Anti-Hitler-Koalition mit jenen Ländern vergleichen, die derzeit Besatzungstruppen an Euphrat und Tigris stationiert haben. Die gelungene Eingliederung der Deutschen in die „westliche Wertegemeinschaft" wird er als vorbildlich für die Neuorientierung des politischen Lebens im Irak darstellen. Und die Amerikaner werden ihm das alles ohne weiteres abnehmen – von den Anhängern Michael Moores und Noam Chomskys vielleicht einmal abgesehen. Es klingt ja auch irgendwie einleuchtend, auf den ersten Blick.

Indessen sind die Vergleiche, die Bush bereits in früheren öffentlichen Äußerungen herangezogen hat und die er gewiß – wie es seinem PR-Interesse entspricht – auch am „D-Day" bemühen wird, an den Haaren herbeigezogen. Der Zweite Weltkrieg war eine Auseinandersetzung zwischen ideologisch verfeindeten politischen Regimen, die sich hinsichtlich des wissenschaftlich-technischen Niveaus ihrer Rüstungs-Industrien auf dem gleichen Level bewegt haben. George W. Bushs „Kreuzzug gegen den Terror" dagegen ist ein Krieg der hoch entwickelten Länder des Westens gegen einen Teil der Bevölkerung der Zweiten Welt, die außerhalb terroristischer Aktivitäten nicht die geringste Chance auf militärische Gegenwehr hat. Im Irak tobt nach wie vor ein asymmetrischer Krieg. In offener Feldschlacht wurden die irakischen Soldaten von US-Amerikanern und Briten nicht einfach nur bekämpft, sondern regelrecht abgeschlachtet. Jetzt lauern Heckenschützen den Besatzungssoldaten auf. Die Iraker können Nadelstiche austeilen, und diese Nadelstiche sind möglicherweise geeignet, irgendwann die Stimmung in den USA gegen die militärische Besetzung des Irak umkippen zu lassen. Aber über die Zukunft des Landes wird allein in Washington entschieden, und zwar auf der Basis einer Abwägung innen-, außen- und wirtschaftspolitischer Interessen der US-Regierung. Die Araber spielen im Kalkül der Bush-Administration nicht die Rolle eines selbstständigen Faktors.

Folgerichtig ist es blanke Heuchelei, wenn Bush davon spricht, es sei seine Absicht, den Menschen im Irak „freedom and democracy" zu bescheren. Und Vergleiche zur Nachkriegs-Entwicklung in Deutschland verbieten sich sowieso. Die derzeitige „irakische Regierung" in Bagdad ist eher eine Art Verwaltungsrat. Sie wurde nicht vom Volk gewählt, sondern von den Besatzungsmächten eingesetzt. Amerikanische Politiker haben verlauten lassen, daß freie Wahlen im Irak auf Jahre hinaus nicht vorgesehen sind. Würde frei gewählt werden, dann hätten die Islamisten die Nase vorn. Ein weiterer Mullah-Staat am Golf wäre aber das letzte, was die amerikanische Außenpolitik brauchen könnte. Den Amerikanern geht es darum, die irakischen Bodenschätze auszu-

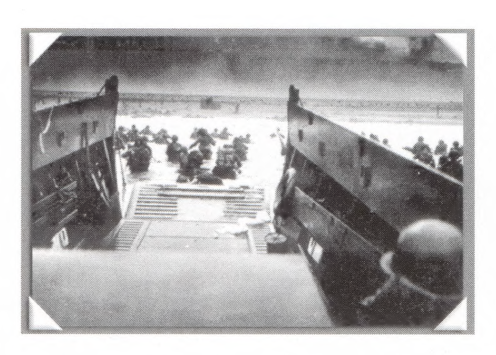
beuten und die Bevölkerung mit möglichst geringem militärischen Aufwand und minimalen Verlusten in Schach zu halten.

Saddam Hussein war ein typischer orientalischer Potentat. Auch in anderen arabischen Ländern ist es üblich, daß die Regierungs-Chefs sich bereichern und ihre Gegner durch Mord aus dem Weg räumen lassen. In der Geschichte des Irak hat stets eine Diktatur die andere abgelöst. Deutschland dagegen ist ein Land mit zwar verspäteter, aber doch deutlich ausgeprägter, kämpferischer demokratischer Tradition. Im Jahre 1848/49 mißlang die Konstitution eines demokratischen Nationalstaates der Deutschen nur knapp. Die Revolution der demokratischen Patrioten brach im Feuer reaktionärer Truppen zusammen. Die Freiheitskämpfer von damals weihten jene schwarz-rot-goldene Fahne mit ihrem Blut, unter der im 20. Jahrhundert deutsche Demokraten für freie Wahlen, für Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit eintraten. Deutschland hat demokratische Wurzeln, die es im Irak nicht gibt.

Hitler war nicht der Normalfall, sondern ein extremer Ausnahmefall in der deutschen Geschichte – ein Ausnahmefall, der ohne die für Deutschland verheerenden Folgen des Ersten Weltkrieges nicht vorstellbar gewesen wäre; Folgen, an deren Zustandekommen die USA bei den Verhandlungen in Versailles 1918/19 wesentlichen Anteil hatten.

Nach 1945 halfen die Amerikaner den Westdeutschen im wohlerwogenen eigenen Interesse auf die Beine. In der NATO bildeten deutsche Soldaten jahrzehntelang unter amerikanischer Vorherrschaft die Speerspitze gegen die Bedrohung aus der Sowjetunion. Deutschland wäre zum Schlachtfeld geworden, falls der kalte Krieg heiß eskaliert wäre. Erst seit den Zwei-Plus-Vier-Verträgen von 1990 ist die Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch ein souveräner Staat. Zuvor war sie von den USA ähnlich abhängig, wie die DDR von den Sowjets. Soweit die US-Führung ihr Land zum demokratischen Heilsbringer der Deutschen hochstilisiert, ist dies also nicht weniger heuchlerisch als die Behauptung, amerikanische Truppen seien nach Bagdad marschiert, um die Iraker von Saddam Hussein zu befreien.

Wenn am 6. Juni 2004 Georg W. Bush den amerikanischen Imperialismus schön redet, wird Gerhard Schröder daneben stehen und garantiert keine Silbe von sich geben, die als Kritik an der internationalen Politik der Bush-Administration gewertet werden könnte. Bei jeder anderen Gelegenheit hätte Schröder eine Chance, gegen Bush den Stachel zu löcken – aber am „D-Day" ganz sicher nicht. Da haben die Amerikaner moralisch Oberwasser. Bush kann triumphieren: Er nimmt bei dieser Gelegenheit einen seiner schärfsten Kritiker im „alten Europa" an die Leine und spannt ihn vor den Karren seiner PR-Maschinerie.



Landung der Amerikaner in der Normandie 1944: *„... Auseinandersetzung zwischen ideologisch verfeindeten politischen Regimen, die sich hinsichtlich des wissenschaftlich-technischen Niveaus ihrer Rüstungs-Industrien auf dem gleichen Level bewegt haben."*

Dieser Triumph wird eventuelle kritische Töne in den USA an der Anwesenheit des deutschen Kanzlers verstummen lassen. Nicht alle Amerikaner stehen Deutschland uneingeschränkt positiv gegenüber. Dafür sorgt die amerikanische Filmindustrie mit ihren einschlägigen Produktionen über den Zweiten Weltkrieg. Dagegen scheinen jene Amerikaner, die die Schrecken des Zweiten Weltkrieges in Deutschland selbst erlebt haben, eher eine versöhnlicheHaltung einzunehmen. Sie wissen aus Erfahrung, daß die Deutschen seinerzeit anders waren, als Hollywood behauptet.



Grabkreuze so weit das Auge reicht auf dem amerikanischen Soldatenfriedhof im belgischen Henri Chapelle. Rund 70.000 US-Soldaten haben hier ihre letzte Ruhe gefunden, darunter viele Gefallene der Kämpfe im Hürtgenwald 1944/45. Den amerikanischen Kriegsveteranen*„... kann Georg W. Bush seine historischen Vergleiche zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem 'Krieg gegen den Terror' nicht auftischen".*

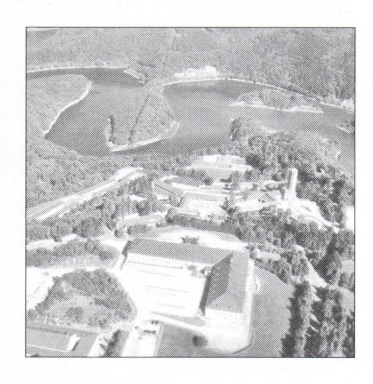
Einige Monate nach der Landung alliierter Truppen in der Normandie standen Verbände der US-Armee in der Nordeifel. Zur Jahreswende 1944/45 kam es dort zu einer der letzten großen Schlachten des Zweiten Weltkrieges. In diesen Wochen, im Vorfeld des 60. Jahrestages der „Battle of Hurtgen Forest", besuchen zahlreiche amerikanische Veteranen jenes Gebiet, in dem sie ihre Kameraden und ihre Jugend verloren haben. Von den Gastwirten in der Eifel ist kein Wort der Klage über diese betagten Herren zu hören, die ganz und gar nicht das Bild des überheblichen, „hässlichen Yankees" abgeben. Diesen ehemaligen Soldaten kann Georg W. Bush seine historischen Vergleiche zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem „Krieg gegen den Terror" nicht auftischen. Sie wissen es besser.

Ende 1944 traf die US-Armee im Hürtgenwald auf zahlenmäßig weit unterlegene, in schnell ausgehobenen Stellungen verschanzte Einheiten der Wehrmacht. Die Deutschen warteten, bis sich die amerikanischen Panzer im Morast festgefahren hatten. Dann schossen sie den Gegner mit Mörsern und Maschinengewehren zusammen. Nach wenigen Wochen waren auf amerikanischer Seite 55.000 Tote und 200.000 Verwundete zu beklagen. Das entspricht der Gesamtzahl der amerikanischen Verluste im Vietnamkrieg. Dem standen 13.000 gefallene und 30.000 Verwundete der Wehrmacht gegenüber. Ernest Hemingway, der die Schlacht aus der Etappe verfolgte, schrieb in seinem Buch „Über Fluß und in die Wälder": „In Hürtgen gefroren die Toten, und es war so kalt, daß sie mit roten Gesichtern gefroren. ... Wir bekamen viel Ersatz, aber ich dachte, es sei einfacher, sie dort, wo man sie auslud, zu erschießen, anstatt daß man später versuchen mußte, sie von dort zurückzuholen, wo sie getötet worden waren."

Schröder könnte also am 6. Juni Hemingway zitieren, um auf Bush zu reagieren, sobald der seine berüchtigten historischen Vergleiche anstellt. Wetten, er traut sich nicht?

Was tun mit Burg Vogelsang?

Im nächsten Jahr räumt die belgische Armee die 1934 bis 1936 erbaute Burg Vogelsang in der Eifel. Aller Voraussicht nach wird die umstrittene Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" des Hamburger Instituts für Sozialforschung dort doch nicht dauerhaft einquartiert werden. Einen entsprechenden Vorschlag hatte der „grüne" nordrhein-westfälische Kulturminister Michael Vesper unterbreitet, ohne allerdings Angaben zur Finanzierung zu machen. Jan-Philipp Reemtsma erklärte sich zwar zur Unterbringung seiner Ausstellung in der ehemaligen Ordensburg bereit, aber nur unter der Voraussetzung, daß die öffentliche Hand die Kosten trägt.



Blick auf Burg Vogelsang in der Eifel.

Die Burg Vogelsang wurde auf einem 72.000 Quadratmeter großen Areal oberhalb des Urftsees angelegt. Der Bau beherbergte zeitweise eine Adolf-Hitler-Schule, eine Lehranstalt der Wehrmacht und ein Lazarett. Nach dem Krieg bezog dort belgisches Militär Stellung, das im nächsten Jahr abziehen wird. Renovierung und Umbau für die Aufnahme der Reemtsma-Ausstellung würden, wie eine Machbarkeitsstudie ergeben hat, rund 35 Millionen Euro kosten. Hinzu kämen etwa drei Millionen Euro jährliche Betriebskosten. Bund, Land und Kommune wissen nicht, wie sie diese Kosten aufbringen sollen. Kommunalpolitiker befürchten zudem, die Einquartierung der Ausstellung könnte sich nachteilig auf die erhoffte Entwicklung des Standortes als Tourismus-Zentrum auswirken. Der Münsteraner Historiker Alfons Kenkmann hat eine zeitgeistkonforme Argumentation für die Abwehr der Reemtsma-Ausstellung angeboten: „Die Wehrmachtsausstellung behandelt den Vernichtungsfeldzug im Osten", stellt Kenkmann fest. Die „NS-Kaderschmiede" in der Nordeifel aber habe den Offiziersnachwuchs für die Westfront ausgebildet. Das eine passe also gar nicht zum anderen.

Viele ortsansässige Politiker atmen auf. Ohne Reemtsma & Co. könnte sich Burg Vogelsang zu einem beliebten Ausflugsort entwickeln, der mehr Geld in die öffentlichen Kassen spült, als der Unterhalt kostet.



„Luftwaffe" ist ein international anerkanntes Markenzeichen beispielsweise für fetzige Computerspiele. Insbesondere auf dem amerikanischen Markt verkaufen sich derartige Produkte hervorragend. Anstößig findet das im Ausland niemand.

Rau hebt ab

Bundespräsident Johannes Rau möchte nicht mit einer Bundeswehr-Maschine fliegen, die den Schriftzug „Luftwaffe" trägt. Eine von zwei Airbus-Maschinen der Bundesregierung wurde deshalb im vergangenen Jahr umlackiert. Statt „Luftwaffe" steht jetzt „Bundesrepublik Deutschland" auf dem Rumpf des Flugzeugs. Kosten für den Steuerzahler: 155.000 Euro. In 2004 soll – zum gleichen Preis – auch die zweite Maschine neu lackiert werden.

Zur Begründung heißt es, der Bundespräsident reise in Länder, in denen es aus „historischen Gründen" nicht wünschenswert sei, mit der „Luftwaffe" unterwegs zu sein. Kommentar des CDU-Politikers Thomas Kossendey: „Während wir uns sonst um jeden Cent im Verteidigungshaushalt streiten, ist es schon verwunderlich, wofür wir alles noch Geld haben."



Rudolf Scharping, Viel-Flieger und Rau-Parteifreund, unter den Schwingen einer der beiden Bundeswehr-Maschinen, die für insgesamt 310.000 Euro neu lackiert werden.

Moslem verurteilt

Das Amtsgericht Delmenhorst hat den Betreiber eines moslemischen Internet-Portals wegen Volksverhetzung verurteilt. Der Täter habe den Eindruck erwecken wollen, „daß es die Gaskammern der Nazis nicht gegeben habe", sagte der Direktor des Amtsgerichtes Delmenhorst, Hanspeter Tizmann, gegenüber der Presse zur Begründung der Entscheidung.

Yavuz Özoguz hatte auf seiner unter in Deutschland lebenden Muslimen allgemein bekannten Seite www.muslim-markt.de die selbst angefertigte Übersetzung einer Rede des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei veröffentlicht. In dem Text würden die Gaskam-

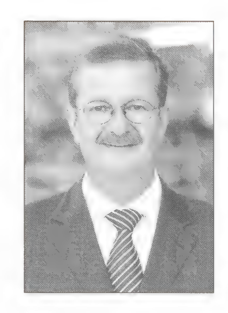
mern in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches als „Märchen" bezeichnet werden, „dessen Authenzität gar nicht klar ist", schreibt die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift. Absicht des Übersetzers und Verbreiters der Rede sei es gewesen, eine „feindselige Haltung gegen die in Deutschland lebenden Juden zu erzeugen". Die strafbaren Äußerungen waren noch bis zum Jahreswechsel online veröffentlicht, wurden mittlerweile aber von der Seite entfernt.

Yavuz Özoguz, ein Türke mit deutschem Pass, machte zu seiner Verteidigung geltend, er distanziere sich von „jeglichem Nazi-Gedankengut". Es sei ihm nicht darum gegangen, „pauschal das jüdische Volk zu verunglimpfen". Er wende sich „ausschließlich gegen die Verantwortlichen des Zionismus und des Pseudostaates ‚Israel', der auf Unrecht aufgebaut" sei.

Das Gericht wies diese Einlassung als Schutzbehauptung zurück. Özoguz sei es darum gegangen, „Leuten mit einer bestimmten Gesinnung Munition zu liefern", erkannte das Gericht und verurteilte den Täter zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe.

Muezzin darf rufen

Ein jahrelanger Rechtsstreit um den Ruf des Muezzins einer Moschee in Dillenburg endete mit einem Erfolg der Moslems. Der Gottesmann darf auch künftig per Lautsprecher die Gläubigen zum Gebet rufen. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof erklärte ein entsprechendes Urteil des Verwaltungsgerichtes Gießen für unanfechtbar. Nachbarn hatten gegen die nach ihrer Meinung inakzeptable Lärmbelästigung geklagt.



„Wir sollten stolz sein auf dieses Land, seine leistungsfähige Wirtschaft und seine Menschen - und endlich Schluss machen mit dem ständigen lamentieren."

Dr. Wendelin Wiedeking, Vorstandsvorsitzender der Porsche AG, in der „ADACmotorwelt" Nr. 12/2003

Deutsche bleiben pessimistisch

63 Prozent der Deutschen glauben nicht an einen Wirtschaftsaufschwung in 2004. Das hat eine Umfrage von Infratest dimap bei 1.000 Personen im Auftrag der „Morgenpost am Sonntag" ergeben. Nur 36 Prozent meinen, die Konjunktur würde in 2004 anspringen. Dabei sind die Frauen der Erhebung zufolge pessimistischer als die Männer: 70 Prozent sehen keine Chance für einen möglichen Aufschwung, bei den Männern sind es lediglich 54 Prozent. Die Älteren sind eher optimistisch: Während 74 Prozent der 18- bis 29jährigen nicht an den Aufschwung glauben, sagen das nur 53 Prozent der über 60jährigen.



Justitia hat gesprochen: Wo eine Moschee mit Minarett errichtet worden ist, darf der Muezzin zum Gebet rufen - auch mit Hilfe eines Lautsprechers.

Deutsche fremdenfeindlich?

Der Gesellschaftswissenschaftler Klaus Schroeder hat eine Studie zur Fremdenfeindlichkeit veröffentlicht, in der Behauptungen seines Berufskollegen Wilhelm Heitmeyer scharf kritisiert werden, wonach etwa jeder vierte Deutsche ein Rechtsextremist sein soll. Nach Heitmeyer („Deutsche Zustände", Folge 1, Suhrkamp Verlag) sind 35 Prozent der Deutschen fremdenfeindlich und 30 Prozent sexistisch eingestellt. 22 Prozent müssen laut Heitmeyer sogar als Rassisten eingestuft werden. Schroeder aber setzt sich kritisch mit den Fragen auseinander, die der umstrittene Bielefelder Gesellschaftsforscher hatte stellen lassen.

Heitmeyer stufte jene 22 Prozent der Befragten als Rassisten ein, die der Frage zugestimmt hatten: „Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind." Dies aber sei nicht rassistisch, sondern geltendes deutsches Recht, gestützt auf das Grundgesetz, wendet Schroeder ein. Der laut Heitmeyer „fremdenfeindlichen" Äußerung, in Deutschland würden zu viele Ausländer leben, stimmten 55 Prozent der Befragten zu. Dazu sagt Schroeder: „Angesichts von Integrationsproblemen kann man dieser Meinung sein, ohne eine fremdenfeindliche Einstellung aufzuweisen." Schroeder kritisiert, Heitmeyer würde sein eigenes Gesellschaftsbild absolut setzen.

Kampf um die „Krone"

Der bekannte österreichische Publizist Günther Nenning hat sich für den Verbleib der Tageszeitung „Krone" in österreichischen Händen ausgesprochen. Gemeinsam mit dem österreichischen Verleger Hans Dichand hat Nenning eine Schrift herausgebracht, in der er fordert: „Eine Krone bitte – die Kronen-Zeitung muss österreichisch bleiben". Hintergrund ist ein Streit zwischen dem bundesdeutschen WAZ-Verlag und Dichand, denen die „Krone" jeweils zur Hälfte gehört.

Nenning stellt klar: „Ich habe gar nichts gegen die Deutschen. Als alter Sozi bin ich eh ein Deutschnationaler. ... Aber die ‚Krone' muss österreichisch bleiben, das ist unentbehrlich für Österreich." Die „Krone" ist Österreichs auflagenstärkste Tageszeitung und gilt als ebenso populistisch wie patriotisch.

Mit Geld gegen rechts

Eine Bundesstiftung soll diverse Projekte gegen rechts auffangen, denen nach den letzten Landtags-

wahlen die Geldmittel zusammengestrichen wurden. Überall, wo unions-geführte Landesregierungen die SPD abgelöst haben, wurden als erstes die öffentlichen Mittel für diverse Projekte gegen rechts gestrichen, die mal „antifaschistische Kaffeefahrten" gewaltbreiter Gruppen unterstützt, mal mit Bildern vermummter Randalierer für ihre verfassungsfeindlichen Ziele geworben haben. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy will deshalb zusammen mit anderen Abgeordneten von SPD und „Grünen" eine Stiftung ins Leben rufen, die überall dort, „wo der Kooperationswille oder die Einsichtsfähigkeit der jeweiligen Landesregierung in Bezug auf Rechtsextremismus fehlt", die entsprechenden Gruppen mit Geldzahlungen vor der Auflösung bewahrt.

„Null Bock" auf Drittes Reich

Der Leiter des aus Steuermitteln finanzierten Forschungsprojektes „Nationalsozialismus und Antisemitismus als Unterrichtsthema", Prof. Wilhelm Schwendemann, beklagt eine zunehmende „Anti-Haltung" bei Schülern, die sich im Unterricht in verschiedenen Fächern wiederholt mit dem Dritten Reich auseinandersetzen sollen. Die ständige Thematisierung von nationalsozialistischem Unrecht in der Schule würde oft eine Abwehrhaltung bei den Schülern hervorrufen, die immer wieder zu „Sprachlosigkeit beim Lehrer" führen würde. Ergebnis sei, so Schwendemann, eine „explosive Stimmung" in der Klasse. Dabei handele es sich nicht um eine natürliche Unlust dem Lehrstoff gegenüber, sondern um eine gefährliche Entwicklung, weil sich Schüler als Trotzreaktion „Fragmente der nationalsozialistischen Ideologie" aneignen würden, warnt Prof. Schwendemann. Ziel seines Forschungsprojektes ist es, eine möglichst umfassende Thematisierung des Dritten Reiches und der nationalsozialistischen Verbrechen in verschiedenen Fächern im Schulunterricht zu fördern.

Kampagne gegen Fleissner

Die „Süddeutsche Zeitung" hat im November und Dezember 2003 gegen den Münchener Verleger Dr. Herbert Fleissner (Foto) eine Schmutzkampagne geführt, die allerdings erfolglos blieb. Der 75jährige Fleissner ist Inhaber der Verlagsgruppe Langen Müller / Herbig, die mit jährlich mehr als 70 Millionen Euro Umsatz zu den größten Buchverlagen der Bundesrepublik Deutschland gehört. Immer wieder hat er auch wertkonservativen und patriotischen Autoren ein Forum gegeben und sich damit nicht nur Freunde gemacht. Als Sudetendeutscher bezieht er zudem für die Menschen- und Heimatrechte nicht nur, aber auch der deutschen Vertriebenen Stellung, womit er sich weitere Feindschaften zuzog. Nachdem er als CSU-Mitglied den Appell „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann" (siehe: http://www.kritische-solidaritaet.de) unterschrieben hat, versuchte die „Süddeutsche" krampfhaft, ein Partei-Ausschlußverfahren gegen Fleissner herbeizuschreiben. Die CSU aber wies die Extremismus-Vorwürfe zurück, und die diesbezügliche Artikel-Serie des linken Journalisten Jan Bielicki in der „SZ" verebbte.



Allerdings gibt es Anzeichen für eine Vorbereitung der Kampagne gegen Fleissner von langer Hand. So hatten sich in den Kreis seiner Autoren bereits vor Jahren „Profil-Veränderer" eingeschlichen, die bei Fleissner zunächst mit Manuskripten auftraten, die inhaltlich im demokratischen Spektrum angesiedelt waren, um sodann in die Rolle des aktivistischen politischen Extremisten zu schlüpfen. Der Einsatz von „Profil-Veränderern" ist ein typisches geheimdienstliches Mittel, das in Deutschland bereits seit geraumer Zeit eingesetzt wird, um grundgesetztreue Bürger mit Extremismus zu kontaminieren. Dem Delinquenten werden dabei öffentliche Äußerungen des Spitzels zugerechnet, die noch gar nicht in der Welt waren, als der Provokateur Kontakt zu seiner Zielperson hatte. Die Zielperson hat demzufolge keine Chance, sich der Kontaminierung zu entziehen. Einer der in diesem Zusammenhang tätigen Provokateure hatte zunächst bei Fleissner ein Buch ausgerechnet für Meinungsfreiheit veröffentlicht, um sodann in der äußerst rechten Szene als Scharfmacher aufzutreten und einer Reihe von destruktiven Aktivitäten nachzugehen, die eine geheimdienstliche Fremdsteuerung für Kenner der Materie deutlich haben erkennbar werden lassen.

Aber diesmal verfing die Masche nicht. Dr. Herbert Fleissner bleibt CSU-Mitglied. Die beabsichtigte öffentliche Ausgrenzung seines Verlages misslang. Der Vorgang lieferte indessen wertvolle Informationen für bestimmte kritische Bürger, die die rechtswidrigen Machenschaften der Geheimdienste sorgfältig beobachten und stets dankbar sind für Informationen, die ihnen eine Vervollständigung ihrer Sammlung von Erkenntnissen über derartige Aktivitäten ermöglichen.

„Rechter Überfall" erfunden

Ein angeblicher Überfall von Neonazis auf eine dunkelhäutige Schülerin in Dieburg bei Darmstadt war frei erfunden. Das teilte die Polizei im Januar mit. Das 16jährige Mädchen hatte den Beamten erzählt, zwei junge Deutsche mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel hätten sie beleidigt, festgehalten und mit Fausthieben traktiert. Die Medien gaben sich dementsprechend empört. Die Polizei aber hatte von Anfang an Zweifel an der Darstellung. Wie Polizeisprecher Heiner Jerofsky mitteilt, gab das Mädchen bei einer erneuten Vernehmung zu, sich die Tat ausgedacht zu haben. In Wahrheit war sie von zwei Mitschülern nach Zigaretten gefragt und angerempelt worden.

Weniger Demos?

Die in Artikel 15 des Grundgesetzes garantierte Versammlungsfreiheit soll künftig nicht mehr von Vereinigungen in Anspruch genommen werden können, die „Gewalt und Willkürherrschaft verherrlichen oder zu Rassenhass anstacheln". Das hat eine Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder im Herbst letzten Jahres beschlossen. Zudem werde die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für ein Verbot von

Demonstrationen in Innenstadt-Bereichen angedacht, soweit dadurch Bürger beim Einkaufen behindert werden würden, teilte der bayerische Innenminister Günther Beckstein mit.

„VS" stachelte „Landser" an

Im Rahmen des Strafprozesses gegen die rechtsextremistische Band „Landser" ist bekannt geworden, daß V-Leute des „Verfassungsschutzes" an der Produktion des letzten, besonders aggressiven Tonträgers der als kriminelle Vereinigung eingestuften Musikgruppe federführend beteiligt waren. Der „Verfassungsschützer" Mirko Hesse aus Sachsen wurde in dem Strafverfahren vor dem Ersten Senat des Kammergerichtes Berlin als Zeuge vernommen. Er gestand ein, an der Produktion der „Landser"-CD „Ran an den Feind" beteiligt gewesen zu sein. Zudem beschuldigte er seinen Spitzel-Kollegen Toni Stadler aus Brandenburg, ebenfalls an der Produktion dieses Tonträgers mitgewirkt zu haben. Es sei gerade Stadler gewesen, der darauf gedrängt habe, diese CD zu produzieren, deren Texte, wie die Berliner Richter feststellten, zum Mord an Juden und Ausländern sowie an Verantwortlichen der Anti-Wehrmachtsausstellung aufriefen. „Ohne Toni Stadler lief in der Szene damals gar nichts", sagte dessen „Verfassungsschutz"-Komplize Hesse vor Gericht.

Provokateur geht leer aus

Der rassistische und antisemitische „Verfassungsschutz"-Provokateur Wolfgang Frenz ist mit einer Klage auf Zahlung von 69.000 Euro Schadensersatz gegen das Land Nordrhein-Westfalen gescheitert. Frenz war im Rahmen des NPD-Parteiverbot-Verfahrens beim Bundesverfassungsgericht enttarnt worden, nachdem das nordrhein-westfälische Landesamt der umstrittenen Behörde seinen Klarnamen an die Bundesbehörde weitergegeben hatte. Frenz' antisemitische Traktate waren von den Verbots-Antragstellern als Beleg für die Judenfeindlichkeit der NPD angeführt worden. Seither fühlt sich Frenz gesellschaftlich isoliert. Seine Heilpraktiker-Praxis würde seltener besucht werden und Verluste machen, klagt der 68jährige. Zudem seien seine Schriften durch die Enttarnung unverkäuflich geworden. Dafür muß indessen das Land Nordrhein-Westfalen nicht haften, entschied das Landgericht Düsseldorf.

Nibelungen online

„Uns wird in alten Geschichten an Wunderbarem viel erzählt" - so heißt es, ins Neuhochdeutsche übersetzt, in der erstenZeile des Nibelungenliedes. Wer den sprachlichen Reiz der mittelhochdeutschen Fassung aus dem 13. Jahrhundert nachvollziehen möchte, hat dazu nun Gelegenheit, denn das mittelalterliche Epos ist erstmals komplett ins Internet gestellt worden. Die Badische Landesbibliothek in Karlsruhe hat dafür die Handschrift C des Heldenepos um Siegfried, Kriemhild und Hagen digitalisiert. Auf der Internetseite der Landesbibliothek http://www.blb-karlsruhe.de/blb/blbhtml/nib/uebersicht.html sind die 2.400 Strophen auf 380 Internet-Seiten nachzulesen. Auch Hörproben des in neugotischer Schrift verfassten Textes werden angeboten.

Die Farbabbildungen der einzelnen Seiten der Handschrift (Foto) werden in jeweils drei Größen zur Verfügung gestellt. Angeboten wird auch eine Übertragung ins Neuhochdeutsche.

„Die verhältnismäßig große Zahl der heute noch erhaltenen Handschriften zum Nibelungenlied bezeugt, daß sich diese Dichtung in der Zeit um 1200 und in den nachfolgenden Jahrhunderten großer Beliebtheit erfreut haben muß", erfährt man auf der Seite. Im 16. Jahrhundert sei das Nibelungenlied fast vollständig in Vergessenheit geraten. Die neuzeitliche Rezeption setzte erst wieder im Jahre 1755 ein.

Die drei Haupthandschriften, die in der Ausstellung „Uns ist in alten Mären ... Das Nibelungenlied und seine Welt" erstmalig an einem Ort zu sehen sind, werden heute in München (Handschrift A), St. Gallen (Handschrift B) und in Karlsruhe (Handschrift C) aufbewahrt. Das Online-Projekt steht im Zusammenhang mit der großen Nibelungenlied-Ausstellung des Badischen Landesmuseums und der Landesbibliothek. Die Schau wurde am 13. Dezember eröffnet und ist noch bis zum 14. März im Karlsruher Schloß zu sehen.

Thierse gegen Antisemitismus

Bundestagspräsident Thierse hat jede Form von Antisemitismus verurteilt. Der „Bodensatz von Antisemitismus" sei in Deutschland erschreckend hoch, beklagt der SPD-Politiker. Im Lande bilde sich eine „unheilvolle Allianz" aus deutschen Rechtsextremisten und radikalen ausländischen Islamisten. Zudem würde der Antisemitismus in „seriöse Gewänder" schlüpfen. So sei es eine „schlimme Behauptung", die als antisemitisch zu werten sei, wenn viele Bürger die Meinung äußerten, die Deutschen würden wegen ihrer Geschichte bis heute wirtschaftlich ausgenutzt werden, meint Thierse.



Rabbiner pro Hohmann

Der Oberrabbiner der Orthodoxen Jüdischen Gemeinde Österreichs hat sich mit dem parteilosen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann solidarisch erklärt. Mit seiner Kritik an den „vom Glauben abgefallenen jüdischstämmigen Bolschewisten" habe Hohmann „völlig recht", äußerte Oberrabbiner Moishe Arye Friedman (Foto) im Interview mit einer Wiener Wochenzeitung. Es sei schlimm, daß man in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei äußern könne. Die „moralischen Keulen der Holocaust-Industrie" würden langfristig vor allem den Juden selbst schaden, meint Friedman.



Attac antisemitisch?

Aus einem Demo-Plakat des globalisierungs-kritischen Netzwerkes „attac" hat das „Zentrum für Antisemitismusforschung" Feindschaft gegen Juden

herausgelesen. „Uncle Sam" sei auf dem Plakat im „Stürmer"-Stil „mit einer ‚typisch jüdischen Nase'" dargestellt, meinen die Antisemitismus-Forscher. Zudem wurden vonseiten „antifaschistischer" Gruppen gegen „attac" Antisemitismus-Vorwürfe laut, weil sich Veröffentlichungen aus dem Netzwerk gegen kapitalistische Spekulation und internationale Finanzströme wenden würden. Die „Antifaschisten" erkennen darin Parallelen zum christlichen Antisemitismus, der jenes Bild vom „raffenden jüdischen Geldverleiher" geschaffen habe, das im nationalsozialistischen Antisemitismus radikalisiert worden sei.



Angeblich antisemitisches „attac"-Plakat.

In Köln trafen sich im Dezember „attac"-Anhänger zur Diskussion über die Antisemitismus-Vorwürfe, aber auch über den generellen Kurs der Bewegung. Schon der Begriff „Finanzmärkte" habe einen antisemitischen Klang, beanstandeten Teilnehmer der Versammlung im Bürgerhaus Deutz. Andere Anwesende widersprachen. „Attac" solle konsequent nicht nur gegen linke Antisemiten, sondern auch gegen alle Rechten in den eigenen Reihen vorgehen, die das Netzwerk unterwandern würden, meinten einige Teilnehmer. „Attac selber ist strukturell offen für rechte Gedanken", hielten andere dem entgegen. - Die Versammlungsteilnehmer gingen ohne ein konkretes Resultat auseinander.

Die Elite ist wieder da

Ausgerechnet führende Politiker der SPD haben die Forderung nach der Gründung deutscher Elite-Universitäten erhoben. Sie könnten einen Beitrag dazu leisten, die Bildungs-Misere in den Griff zu bekommen. In ihnen verwirklicht sich das Ideal einer leistungsbezogenen Chancen-Gleichheit: wer mehr kann, soll auch mehr Möglichkeiten haben, sein Potential zu entfalten. Dabei muß es demokratisch zugehen. Kinder armer Eltern müssen genauso Zugang zu den neuen Hochschulen haben wie die Sprösslinge der Wohlhabenden. Ausschlaggebend müssen die Leistungen der Schüler sein, nicht die finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern.

Großbritannien und die USA zeigen, wie es gemacht wird – und sie belegen, daß sich Elite-Universitäten volkswirtschaftlich rechnen. Deren Absolventen zahlen in ihrer beruflichen Laufbahn weit mehr in die öffentlichen Kassen zurück, als ihre Ausbildung kostet.

Der Begriff „Elite" erregt aber leider in Deutschland immer noch die Gemüter. Gerhard Müller vom Institut für Deutsche Sprache in Wiesbaden meint, es sei der Gebrauch des Begriffs Elite in der Geschichte, der ihn zum Reizwort mit negativem Beigeschmack gemacht habe.

Das Fremdwort Elite wurde Ende des 18. Jahrhunderts aus dem Französischen ins Deutsche übernommen. Abgeleitet vom französischen Verb élire (wählen), steht Elite im Deutschen allgemein für eine Auswahl oder Auslese, für eine Gruppe von Menschen mit besonderen Qualitäten oder schlichtweg als Synonym für die Besten. Klarer als beim Begriff Elite ist der negative Beigeschmack, so Sprachforscher Müller, beim Adjektiv elitär. Der Begriff wird synonym mit dünkelhaft, eingebildet, überheblich verstanden - negative Verhaltensweisen, die Angehörigen von Eliten zugeschrieben werden.

Der Darmstädter Soziologe Michael Hartmann sieht den Begriff Elite in Deutschland aus historischen Gründen belastet: „Die deutschen Eliten haben im 20. Jahrhundert gravierend versagt", erklärt der Wissenschaftler. So hätten sie unter anderem den Aufstieg der Nationalsozialisten nicht verhindert, sondern mehr oder weniger bereitwillig mit der NSDAP kooperiert. Nach 1945 sei das Wort deshalb – zu unrecht - so negativ besetzt gewesen, „daß man sich über Jahrzehnte erstmal nicht mehr herangetraut hat".

Seit einigen Jahren beobachtet Hartmann jedoch eine „Trendwende" im Umgang mit dem Begriff. Sie leitet sich nach Ansicht des Soziologen unter anderem aus der veränderten außenpolitischen Rolle Deutschlands ab: „Man ist wieder wer. Man kann mitspielen im Konzert der Großen."

Laut Hartmann haben Untersuchungen jedoch gezeigt, daß die Elite in Deutschland ihren Status in den meisten Fällen immer noch mehr ihrer Herkunft aus der bürgerlichen Schicht als vermeintlichen Spitzenleistungen verdankt. Dem könnten die künftigen Elite-Universitäten der Deutschen abhelfen. Sie sollten den Zugang zur Elite für alle Leistungswilligen ermöglichen. Eine überaus wünschenswerte Umsetzung bester sozialdemokratischer Traditionen!

Rückkehr zur D-Mark?

Das FDP-Vorstandsmitglied Michael Theurer hält eine Rückkehr der Europäer zu ihren alten Währungen für möglich. Nach den jüngsten Auseinandersetzungen um die Auslegung des Stabilitätspaktes könnte es zu einem Scheitern des Euro kommen, meint Theurer. Dann müsse man sich überlegen, „wie man die D-Mark wieder einführt".

Röhl siegt gegen „FAZ"

Die Journalistin Bettina Röhl muß es sich nicht gefallen lassen, als „Terroristentochter" bezeichnet zu werden. Das hat das Oberlandesgericht München entschieden (AZ 21 W2724/03). Die von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" verwendete Formulierung verletze die Persönlichkeitsrechte von Frau Röhl, stellten die Richter fest. Die konservative Publizistin Bettina Röhl ist die Tochter von Ulrike Meinhof und Klaus-Rainer Röhl, dem früheren „konkret"-Herausgeber, der sich zu einem scharfzüngigen Kritiker der linken Szene entwickelt hat.

Parteien unfähig?

40 Prozent der Deutschen trauen keiner der politischen Parteien im Lande zu, die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen. Das hat eine Umfrage der Ber-

telsmann-Stiftung unter 1.000 repräsentativ ausgesuchten Personen an den Tag befördert. Rund zwei Drittel der Befragten waren der Meinung, gespart werden könne bei den Sozialleistungen, den kommunalen Diensten und der Verkehrs-Infrastruktur.

Politiker bestechlich?

Politiker sind „korruptionsanfällig". Das meinen die meisten Deutschen, wie eine im Auftrag von Readers Digest erstellte Emnid-Umfrage ergeben hat. Auf Bundesebene komme Korruption bei Politikern „sehr häufig" vor, meinen demnach 23 Prozent der Befragten. Hinsichtlich der Landes-Politiker liegt der Wert für „sehr häufig" bei 17 und für „eher häufig" bei 43 Prozent. Journalisten gelten 13 Prozent „sehr häufig" und 27 Prozent „eher häufig" als bestechlich. Beamte werden von 10 Prozent „sehr häufig" und von 29 Prozent „eher häufig" mit Korruption in Verbindung gebracht.

Verfügung gegen Kasseler Asta

Der Asta der Uni Kassel muß eine „antifaschistische" Hetzschrift einstampfen. Das hat das Verwaltungsgericht Kassel entschieden, das von einem Burschenschafter angerufen wurde, dessen Studentenverbindung in dem Pamphlet als rechtsextremistisch verunglimpft wurde. Der Allgemeine Studentenausschuß unterliegt als Gesamtvertretung der Studierenden einer Neutralitätspflicht, die mit aggressiven Stellungnahmen gegen einzelne studentische Bünde nicht vereinbar sei, hielten die Richter fest.

Beckstein paktiert mit Rechtsextremisten

Bayerns oberster „Verfassungsschützer" Günther Beckstein macht seit neuestem mit Rechtsextremisten gemeinsame Sache. Allerdings nur mit türkischen. Am 29. November 2003 feierte er im Kreise der „Türkischen Gemeinschaft" in Nürnberg das Ende des Fastenmonats Ramadan. Dabei nahm er unter einem Bild von Alparslan Türkes Platz, dem Begründer der türkisch-nationalistischen Partei MHP. Die „Türkische Gemeinschaft" gehört, wie Beckstein in seinem eigenen „Verfassungsschutzbericht" nachlesen kann, zur „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa", einem Sammelbecken von MHP und Grauen Wölfen. Becksteins „VS"-Bericht für das Jahr 2002 attestiert der Föderation „latente Gewaltbereitschaft" und „einen übersteigerten türkischen Nationalismus mit rassistischen Zügen, verbunden mit der Herabsetzung ethnischer Minderheiten".

Wer als politischer Oppositioneller in Kreisen auftritt, denen derartige Tendenzen nachgesagt werden können, muß damit rechnen, seinen Namen als mutmaßlicher Extremist im nächsten „Verfassungsschutzbericht" wieder zu finden – unabhängig von der Frage, ob er sich selbst extremistisch äußert oder nicht. Aber die für Oppositionelle geltenden Kriterien finden auf die Regierenden selbstverständlich keine Anwendung. Mitglieder der SPD können zusammen mit kriminellen „Antifa"-Gruppen in der Öffentlichkeit so oft zusammen auftreten, wie sie wollen – die Partei taucht trotzdem nicht im „Verfassungsschutzbericht" auf. Beckstein kann reden, wo er will – er muß das Verdikt des „Rechtsextremismus" nicht fürchten, da er selbst zum erlesenen Kreis derer gehört, die die Definitionsgewalt über den „Extremismus"-Begriff innehaben. Die demokratischen Spielregeln gelten offensichtlich nicht für alle Teilnehmer des politischen Wettbewerbs gleichermaßen.



***„Ja zur Freiheit - Nein zum Radikalismus!" -* So lautet normalerweise Becksteins Parole - wenn es darum geht, mit dem Finger auf andere zu zeigen ...**

Bush = Saddam?

Jörg Haider hat im ORF-Fernsehen den amerikanischen Präsidenten George Bush mit Saddam Hussein verglichen. In dem Interview, das heftige Reaktionen bei österreichischen Politikern und Medien-Verantwortlichen hervorgerufen hat, bezeichnete der Kärntener Landeshauptmann zudem Israel als eine Diktatur, die mit dem Irak in der Zeit vor dem Krieg und mit China vergleichbar sei. Auf die Behauptung, er würde den Eindruck erwecken, ihm sei Saddam Hussein sympathischer als der US-Präsident, konterte Haider: „Da fällt mir die Wahl wirklich schwer. Beide haben mit dem Völkerrecht auf Kriegsfuß gelebt, Menschenrechtsverletzungen begangen."



Streitobjekt der österreichischen Politik: Walter Nowotnys Grabstein auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Nowotny-Grab viel besucht

Das Grab des Jagdfliegers Walter Nowotny hat sich zu einer Pilgerstätte entwikkelt, nachdem es nicht mehr offiziell den Status eines „Ehrengrabes" hat. Den hat der rot-grüne Wiener Gemeinderat der letzten Ruhestätte des hoch dekorierten Soldaten aberkannt. Aufgrund der anschließenden öffentlichen Debatte erfuhren vor allem viele junge Menschen erstmals vom Schicksal des Jagdflieger-Majors, der 1944 mit 24 Jahren nach seinem 258. Luftsieg im Kampf gegen alliierte Bomber fiel. Sein Grab wird seither täglich mit Blumen geschmückt und von zahllosen Menschen besucht.

Nowotnys Biographie ist veröffentlicht auf der Seite: http://www.waffenhq.de/biographien/biographien/nowotny.html

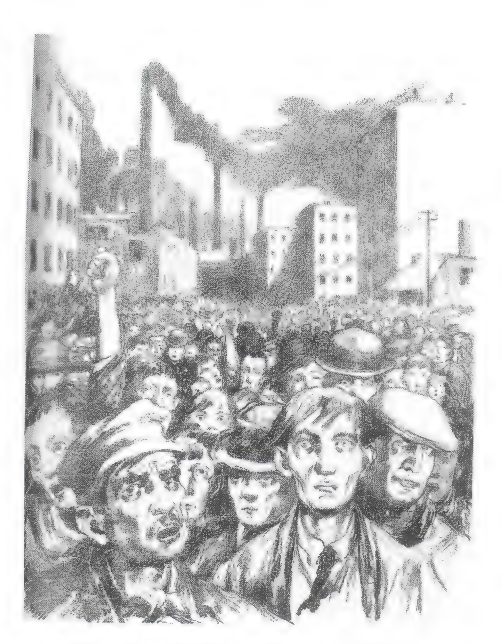
Patriotismus von links?

Bürgerrechte, Nation, Sozialstaat

„Die Arbeiter haben kein Vaterland", schrieb Karl Marx im Kommunistischen Manifest. Und doch verstehen sich die meisten übrig gebliebenen marxistischen Bewegungen in aller Welt als nationale Befreiungsbewegungen. Auch die liberale Linke definiert sich vielerorts durchaus als patriotisch. In Deutschland dagegen scheint demonstrative Distanz zum eigenen Land und dessen als faschistisch aufgefasste Vergangenheit für linkes Denken regelrecht konstitutiv zu sein. Die deutsche Linke ist anders als die internationale Linke – und gerade deshalb „typisch deutsch". Die internationale linke Diskussion über die Nation hat Deutschland folgerichtig nur am Rande erreicht. In der „taz" vom 10./11. Januar 2004 fragt Robert Misik in einem wenig beachteten Artikel nach dem Objekt linker politischer Bemühungen: „Für unser Land!?"

Misik nimmt Bezug auf den amerikanischen Publizisten Richard Rorty, der in einer Streitschrift mit dem Titel „Achieving Our Country" (was in etwa heißt „Vervollkommnen wir unser Land") für eine patriotische Linke plädiert. Die deutsche Linke konnte bislang, wie Misik enttäuscht feststellt, weder mit Rortys Plädoyer, noch überhaupt mit dem ganzen Thema irgend etwas konstruktives anfangen. Also versucht Robert Misik, sein linkes Publikum in kleinen Schritten für patriotische Ansätze zu gewinnen.

Die „Integration der Unterklassen" erfolgte bislang „auf dem Boden des national verfassten Sozialstaates", ruft der Autor in Erinnerung: „Der Nationalstaat war eben nicht nur der Humus für rassistische Schrecklichkeiten, sondern ebenso das Terrain des Politischen, auf dem die Regeln eines sozial gerechten Gemeinwesens ausverhandelt wurden." Wo der globale Markt soziale Ungerechtigkeit schafft, bietet der Nationalstaat die Chance für eine Korrektur in Richtung soziale Gerechtigkeit. Dabei sei „unser Land" gerade nicht der exklusive Kreis der Banker und Immobilien-Besitzer, sondern: „Wenn wir von ‚unserem Land' reden, dann zuvörderst von ‚unseren' Landsleuten. Sie bilden das Volk unseres Landes. (...) Das Volk, das einem linken Patriotismus vorschweben könnte, ist keine Masse atomisierter Individuen, auch keine Gemeinschaft verwalteter Bürger und schon gar kein Mob verhetzter Nationalisten, sondern eine Gesellschaft ihrer Rechte bewusster Bürger." Wer aber gehört zu dieser Gesellschaft dazu, und wer nicht? Misik gelangt an den neuralgischen Punkt: „Einer solchen Rede liegt ein Begriff der aktiven Bürgerschaft zugrunde, der die in einem Gemeinwesen lebenden Einwanderer nicht aus-,



Idealisierte Arbeiterzeichnung: ***„Das Volk, das einem linken Patriotismus vorschweben könnte, ist keine Masse atomisierter Individuen, auch keine Gemeinschaft verwalteter Bürger und schon gar kein Mob verhetzter Nationalisten, sondern eine Gesellschaft ihrer Rechte bewusster Bürger."***





SPD-Wahlplakat von 1972: ***„Der Nationalstaat war eben nicht nur der Humus für rassistische Schrecklichkeiten, sondern ebenso das Terrain des Politischen, auf dem die Regeln eines sozial gerechten Gemeinwesens ausverhandelt wurden."***

sondern einschließt – als Adressaten des Aufrufes, dieses Land zu verbessern. Gleichzeitig ist ein solcher Einschluss schon der erste Akt dieser Verbesserung. Solcher Patriotismus spricht Migranten als ‚gewissermaßen unsere Landsleute' an und strebt danach – frei nach Etienne Balibar – sie zu unseren ‚tatsächlichen Landsleuten' zu machen."

Robert Misik hat also erkannt, daß es in Deutschland Menschen ausländischer Herkunft gibt, die „gewissermaßen unsere Landsleute" sind, aber nicht „tatsächlich". Sorgfältig vermeidet es der Autor, in seinem Artikel den Begriff „multikulturelle Gesellschaft" zu verwenden, in der es nach offiziöser Lesart diesen feinen Unterschied doch eigentlich nicht geben dürfte. Liegt dem womöglich die Einsicht zugrunde, daß die multikulturelle Utopie gescheitert ist?

Tatsächlich können die von Misik zitierten linken politischen Ansätze Beiträge zu einer modernen Definition des für den rechten politischen Diskurs zentralen Begriffes „Volk" liefern. Darin wäre der Widerspruch zwischen linkem und rechtem Patriotismus aufgehoben: das Volk wird souverän in einem demokratischen Nationalstaat, der soziale Gerechtigkeit als Staatsziel definiert

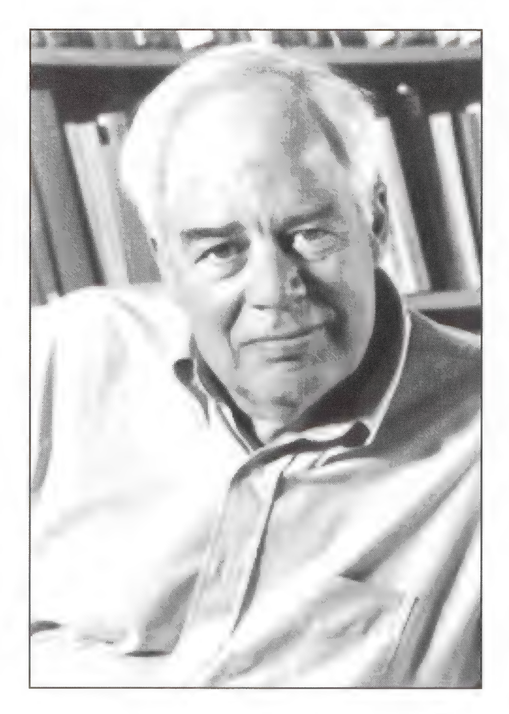
und zu verwirklichen versucht. Geklärt werden muß aber: Wer gehört zum Volk dazu? Wer ist Deutscher, wer Ausländer?

Weite Teile der deutschen Rechten, durchaus nicht nur die Nationalsozialisten, haben sich im 20. Jahrhundert einen aus angelsächsischen Quellen gespeisten, mittlerweile nicht nur politisch, sondern auch anthropologisch eindeutig widerlegten Rassismus zu eigen gemacht. Deutscher soll demzufolge nur sein, wer sich bis ins soundsovielte Glied auf deutsche Vorfahren zurückführen kann. Aus einem derart biologisch definierten Volk, dessen Angehörige in Deutschland exklusiven Zugang zu den vollen Bürgerrechten haben, bleiben Millionen heute in unserem Land lebender Menschen dauerhaft ausgeschlossen - aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, die für sie nicht zu beeinflussen sind. Niemand kann sich seine Eltern und Großeltern aussuchen. Niemand kann seine Hautfarbe ändern. Ein rassisch begründetes Verständnis von Volk spricht dem Menschen das Recht ab, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Zurecht sieht darin die Linke einen Angriff auf die Menschenwürde.

Andererseits kann die Zugehörigkeit zu einem Volk nicht lediglich von einer einseitigen Willenserklärung abhängen. Ausschlaggebend muß, neben dem ausdrücklichen Willensakt, die soziale und kulturelle Realität des Menschen sein, deren wichtigste Ausdrucksform die Sprache ist. Auch Metin Kaplan, der „Kalif von Köln", wollte „Deutscher werden"; er hatte zumindest die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt. Es ging ihm darum - eine rein taktische Überlegung -, den bundesrepublikanischen Behörden seine Abschiebung in die Türkei unmöglich zu machen. Aber die Lebenswirklichkeit



Tief ergriffen lauscht dieser schwarze US-Bürger den Klängen der amerikanischen Nationalhymne: *„... Stolz auf die Leistungen einer Gemeinschaft ..."*



Der amerikanische Publizist Richard Rorty plädiert für eine patriotische Linke: *„Auch aus linker Sicht sollte ein Zugang zu einem progressiv verstandenen Patriotismus möglich sein."*

des Metin Kaplan ist eine orientalische, keine deutsche. Metin Kaplan bleibt Türke, unabhängig von der Frage, wie lange er sich bereits auf deutschem Boden aufhält.

Die Linke muß verstehen, daß grenzenlose Offenheit Gefahren birgt. Wenn „alle Menschen" irgendwie (auch) Deutsche wären, dann würde die Zugehörigkeit zum deutschen Volk jede Bedeutung verlieren. Die Bürgerrechte der Deutschen und die sozialen Garantien des deutschen Staates können nicht schrankenlos jedermann zugängig gemacht werden. Wer „Grenzen auf für alle" fordert, schafft am Ende in Deutschland Lebensverhältnisse, die für niemanden mehr attraktiv sind. Das kann man als Patriot - rechts oder links - nicht wollen. Das ist aber auch aus kosmopolitischer Sicht nicht wünschenswert. Denn die Welt würde mit dem multikulturellen Vergehen Deutschlands etwas von ihrem Reichtum einbüssen, der gerade in der Vielfalt der Kulturen begründet liegt.

Patriotismus ist eine stabile Grundlage für die aktive Hinwendung eines Menschen zu seinen Mitmenschen. Auch aus linker Sicht sollte ein Zugang zu einem progressiv verstandenen Patriotismus möglich sein. Robert Misik schreibt: „Der Umstand, daß der Patriotismus zu unseren wie zu allen Zeiten für viele Übel verantwortlich war und ist, ändert jedenfalls nichts daran, daß der Stolz auf die Leistungen einer Gemeinschaft zu einem der stärksten Motive und Impulse auch für positives politisches Handeln werden kann; genauso, wie umgekehrt ein Gefühl der Scham für Fehlentwicklungen des eigenen Gemeinwesens eine mächtige Antriebsfeder für Protest und, in der Folge, für Veränderungen werden kann."

Realistischerweise muß aber festgestellt werden, daß die Patrioten unter den Linken in Deutschland, solange es eine wirkungsmächtige Trennung der politischen Lager in rechts und links noch gibt, stets eine kleine, von der eigenen Zielgruppe unverstandene Minderheit bleiben werden. Die Mehrheit der deutschen Linken steht der Nation emotional ablehnend gegenüber. Sie hegt eine Art Xenophobie gegen das eigene Volk und begeistert sich für nationale Bewegungen nur dann, wenn sich deren „Befreiungskampf" in Afrika oder in Südamerika abspielt. Ähnlich, wie der klassischen Fremdenfurcht mit vernünftigen Argumenten nur schwer oder gar nicht beizukommen ist, lässt sich auch die Furcht der meisten Linken vor dem eigenen Volk weder rational begründen, noch mit rationalen Argumenten abbauen. Sie hat ihre Wurzeln im linken Geschichtsbild, in der kollektiven Erinnerung an den wilhelminischen Obrigkeitsstaat und im künstlich aktuell gehaltenen Grauen der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine konstruktive Rolle mag den linken Patrioten dadurch zukommen, daß sie mithelfen können, das politische Lagerdenken aufzubrechen. Ein Linker, der die Deutschen nicht mehr fürchtet, hat keinen Grund mehr, sich für die Aufrechterhaltung einer Erziehungsdiktatur der „Gutmenschen" stark zu machen, die ihre Kritiker im Dienste der vermeintlich guten Sache von der Straße prügeln, sie aus dem Staatsdienst entfernen oder ihnen in anderer Form die Bürgerrechte streitig machen, wie es heute in Deutschland an der Tagesordnung ist. Damit ist er aus rechter Sicht kein „typischer Linker" mehr.

Je nachhaltiger der Typus des Linken verschwindet, desto eher wird auch der rechte Typus überflüssig - die Typen verlieren ihren Sinn ohne den jeweiligen Gegenpart. Am möglichen Ende dieser Entwicklung steht der Nationalstaat nicht mehr zur Disposition, sondern bildet das Koordinatensystem für eine faire, demokratische Auseinandersetzung um die Frage, welcher Weg in die Zukunft für unser Volk wohl der beste sein mag.



Das Foto zeigt Ronald B. Schill in besseren Tagen: im Landtagswahlkampf 2001.

Vom Fall der Schill-Partei

Nicht einmal vier Jahre nach ihrer Gründung hat sich die Partei Rechtsstaatlicher Offensive gespalten

Der frühere Hamburger Amtsrichter Ronald B. Schill hat zwei Rekorde gebrochen. Noch nie stieg in Deutschland eine rechtspopulistische Formation so rasant auf wie seine Partei Rechtsstaatlicher Offensive, die bei der letzten Landtagswahl in Hamburg aus dem Stand fast 20 Prozent der Wählerstimmen einfuhr. Und noch nie ging es nach einem Erfolg so schnell wieder abwärts. Die „rechtsstaatliche Offensive" ist nicht mehr die Schill-Partei. Der ehemalige Amtsrichter hat sich mit Bolko Hoffmann, dem Herausgeber des Börsenblattes „Effecten-Spiegel", und dessen www.Pro-DM-Partei.de zusammengetan. Mario Mettbach, der im Internet immer noch unter www.schill-partei.de firmiert, bleibt es vorbehalten, den Torso der früheren parteipolitischen Plattform des „gnadenlosen Richters" in den Untergang zu führen.

„Teile und herrsche" hieß es schon im alten Rom. Die Schill-„Getreuen" um Mario Mettbach bekamen aus der Unionsfraktion immer wieder zu hören, ihre Partei sei ja eigentlich in Ordnung, sie seien prima Senatoren, aber sie hätten ein Problem, und das Problem hieße Schill, der gelegentlich versuchte, gegen die Union ein eigenes Profil zu entwickeln, um seiner Partei in der öffentlichen Wahrnehmung eine Existenzberechtigung zu geben. Schill, dem die Partei den Einzug in den Landtag verdankt hat, müsse weg, dann sei alles bestens, lautete die Losung. Eigentlich möchte man meinen, es gäbe in Deutschland niemanden mehr, der auf diese uralte, leicht durchschaubare politische Zersetzungsstrategie hereinfällt. Sieht man sich aber die seltenen Fernseh-Auftritte des ungelenken Mettbach an, dem die Schuhe eines Landes-Ministers offensichtlich um mindestens drei Nummern zu groß sind, dann kann man sich in etwa vorstellen, wie „Super Mario" und seine Lemminge freudig Kurs auf den Abgrund nahmen. Am 29. Februar werden sie weg sein vom Fenster. Dann ist gewiß der Katzenjammer groß, aber wen interessiert das noch?

Schade ist es um Dirk Nockemann. Der kann sich gut verkaufen und hat im Ministeramt eine passable Figur abgegeben. Mit etwas mehr Loyalität hätte aus Nockemann durchaus etwas werden können.

Die Politik ist ein hartes und, wie auch Schill bemerkt hat, schmutziges Geschäft. Es bedarf einer gewissen Erfahrung und handwerklicher Fähigkeiten, die man in keinem Buch nachlesen und auch nicht ohne weiteres in Seminaren erlernen kann, um in diesem Geschäft zu bestehen. Populistische Ansätze allein reichen nicht aus zur Abwehr der zahllosen Angriffe, die der politische Gegner gegen jeden führt, der es unternimmt, sich ein Stück vom Kuchen abzuschneiden.

Schill trat im Jahr 2001 mit Kandidaten zur Wahl an, die zwar viele gute Vorsätze gefasst hatten, aber keineswegs durch eine gemeinsame Weltanschauung zusammengeschweißt waren. Als sie gegeneinander ausgespielt wurden, fehlte der ideologische Kitt, der sie zur Parteidisziplin hätte zwingen können. Also brach der Laden auseinander. Das war abzusehen, und es liegt auf der Hand, daß sich solche Szenarien wiederholen werden, wo immer oberflächlich anpolitisierte Kleinbürger wie Mario Mettbach Parteipolitik zu spielen versuchen.

Die Hamburger Wahl am 29. Februar könnte Gerhard Schröder den einzigen Erfolg bei den vielen Urnengängen des Jahres 2004 bescheren. Meinungsumfragen sahen im Januar die SPD bei 30 Prozent der Stimmen und die „Grünen" bei 12 bis 13 Prozent. Die Union ist danach zwar mit 43 bis 45 Prozent stärkste Kraft, aber ihr fehlt der Koalitionspartner, da sich die übrigen Stimmen-Anteile auf FDP (4 Prozent), Pro-DM/Schill-Partei (ebenfalls 4 Prozent) und Sonstige derart verteilen, daß keine dieser Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. Mettbachs Partei liegt den Umfrage zufolge bei etwa ein Prozent und hat keine Chance, in den Landtag einzuziehen.

Falls Schills DM-Partei doch noch den Sprung über fünf Prozent schafft, die FDP aber draußen bleibt, wird es für Ole von Beust eng. Der Erste Bürgermeister der Hansestadt hat sich darauf festgelegt, nicht erneut ein Bündnis mit Schill einzugehen. Umgekehrt hat Schill erklärt, zwar mit der Union koalieren zu wollen, aber nicht mit von Beust. „Teile und herrsche" umgekehrt – der Mann hat dazugelernt.

Aber der Lack ist erstmal ab. Schills politische Aktivitäten in Hamburg sind nicht modellhaft für eine mögliche bundesweite Veränderung des Parteiensystems. Sein Hamburger Potential könnte indessen wertvoll sein, sobald es einen neuen, nonkonformen Anlauf gibt, für den die Initialzündung allerdings noch aussteht. Die Entwicklung in Hamburg hat wieder einmal gezeigt, wie es nicht funktioniert. Andere sind aufgerufen, die Sache besser zu machen.

Jetzt abonnieren!

Jeder Abonnent von nation24.de bekommt auf Wunsch eine vollwertige eigene Internet-Präsenz mit 25 MB Webspeicher kostenlos: erreichbar besser als viele bezahlte Angebote, mit eigener Subdomain unter nation24.de, Zugang per FTP, CGI, PHP, beliebig viele POP3-eMail-Adressen, auf Wunsch sogar mit einer mySQL-Datenbank. Der Transfer ist nicht begrenzt - aber eine faire Nutzung wird vorausgesetzt (keine umfangreichen Downloads). Sie müssen ein Impressum veröffentlichen und hinsichtlich Ihrer Inhalte die üblichen Spielregeln einhalten: keine Erotik, nichts, was nach deutschem Recht straf- oder zivilrechtlich Ärger macht.

Sie können Ihre kostenlose Internet-Präsenz jederzeit auf 50 MB Speicherplatz, eine eigene Domain und ggf. die Frontpage-Servererweiterungen aufrüsten: für nur Euro 3,48 monatlich brutto. Bitte besuchen Sie unter nation24.de in der Navigationszeile links die Seite "Aufrüsten", um mehr zu erfahren.

nation24.de

DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN

Ich möchte **nation24.de** abonnieren. Versand der gedruckten Ausgabe bitte:

- ☐ Im Inland als Postvertriebsstück für € 15,-- jährlich
- ☐ Im Inland im Umschlag für € 20,-- jährlich
- ☐ In Österreich für € 20,-- jährlich
- ☐ Im Ausland für € 20,-- jährlich
- ☐ Ich bin Schüler / Student / Auszubildender (unzutreffendes bitte streichen) und bestelle ein verbilligtes Abonnement für jährlich € 10,-- Die Kopie der folgenden schriftlichen Bescheinigung liegt bei (wichtig, sonst kein verbilligter Bezug möglich):

Gewünschte Subdomain:

http:// ______________ .nation24.de

Der Zugriff erfolgt per FTP.

Benötigen Sie eine mySQL-Datenbank? ☐ Ja ☐ Nein ☐ Keine Ahnung

(Bitte deutlich schreiben!)

Mir ist bekannt, daß ich diese Abo-Bestellung innerhalb von zwei Wochen schriftlich widerrufen kann!

Vor- und Zuname

Straße und Haus-Nr. oder Postfach

PLZ und Wohnort

Datum, Unterschrift

Bestellschein ausschneiden und einsenden an:
nation24.de * Postfach 30 10 10 * 50780 Köln


Blutbad von Overath aufgeklärt

„Er hat sie ermordet!“

EXPRESS

Das Horror-Geständnis von Jennifer D. (19)
Ex-Söldner Thomas A. (45) schweigt eisern
Das Motiv: Prozess um Mietschulden

Donnerstag, 16. Oktober 2003 0,50€

Lottner: So packen wir

Spenden-Skandal: Kölne
CDU-Chef lässt Amt ruhe

Titelseite der Kölner Boulevardzeitung „Express“ vom 16. Oktober 2003. Der spektakuläre Mordfall hielt die Öffentlichkeit im Großraum Köln-Aachen wochenlang in Atem: *„Thomas Adolf hätte ohne sein fragwürdiges staatliches Protege nicht mehr als zehn Jahre lang in der rechten Szene mit Schusswaffen hantieren können.“*

Ein Staatsdiener wird zum Mörder

Manfred Rouhs über den Fall Thomas Adolf

Am 7. Oktober 2003 ereignete sich in Overath bei Köln ein besonders grausamer Mord. Der 45jährige Thomas Adolf erschoß mit einer Pumpgun den Rechtsanwalt Hartmut Nickel, 61, seine Frau Mechthild, 53, und die älteste Tochter des Paares, Alja, 26. Hintergrund des Blutbades war ein Mietrechtsstreit, in dem der Rechtsanwalt gegen Thomas Adolf einen gerichtlichen Titel erwirkt hatte. Die Tat schien zunächst nur aufgrund der außerordentlichen Brutalität, mit der Thomas Adolf vorgegangen war, für die Medien bemerkenswert – bis die schillernde Biographie des Mörders von Overath bekannt wurde.

Der fiel bereits in seiner Schulzeit strafrechtlich auf, weil er einen Bombenanschlag auf das Rathaus im rheinischen Dormagen vorbereitet hatte. Den Bombenplänen lagen wirre, linksextremistisch verbrämte Motive zugrunde. In der Folgezeit hatte Thomas Adolf seinen eigenen Angaben zufolge mit einer Kfz-Werkstatt pleite gemacht und sich sodann als Söldner und Waffenhändler in Afrika verdingt. Nach Deutschland zurückgekehrt, war er Anfang der 90er Jahre in Köln als Taxifahrer tätig.

Im Jahre 1992 trat Thomas Adolf an mich heran und entbot mir seine Dienste als Taxifahrer – kostenlos. Damals war ich Mitglied des Rates der Stadt Köln für die Deutsche Liga für Volk und Heimat. Die Deutsche Liga bereitete sich auf die Kommunalwahl 1994 vor und konnte mobile Hilfe gut brauchen. Thomas Adolf gab vor, sich politisch von links nach rechts bewegt zu haben. Er trat zwar der Deutschen Liga nicht bei und legte zunächst wert darauf, öffentlich unsichtbar zu bleiben, mietete aber im Kommunalwahljahr 1994 in Köln-Deutz Räumlichkeiten an, aus denen heraus der Liga-Wahlkampf geführt wurde. Dabei tat Thomas Adolf alles nur menschenmögliche, um mein persönliches Vertrauen zu gewinnen. Obwohl er damals bereits erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten gehabt haben muß – jene Mietschulden, die später zum Mordmotiv werden sollten, liefen bereits in dieser Zeit auf -, schaffte er sogar auf eigene Kosten eine Offsetdruck-Maschine an, die er in das angemietete Objekt in Deutz verfrachtete, um damit Flugblätter für die Deutsche Liga zu drucken. Stets berechnete er kaum mehr als die Kosten für Papier und Farbe.

Die Druckmaschine, ein gebrauchtes Marken-Gerät, dürfte einen Wert im mindestens solide vierstelligen, wenn nicht sogar knapp fünfstelligen D-Mark-Bereich gehabt haben. Über die Finanzierung verlor Thomas Adolf kein Wort. Und wenn er mich in seinem Taxi von einem Ende Kölns zum anderen fuhr, stand der Taxameter still. Wie konnte sich Thomas Adolf, dessen Einkünfte nicht mal für die Miete reichten, so viel Großzügigkeit leisten?

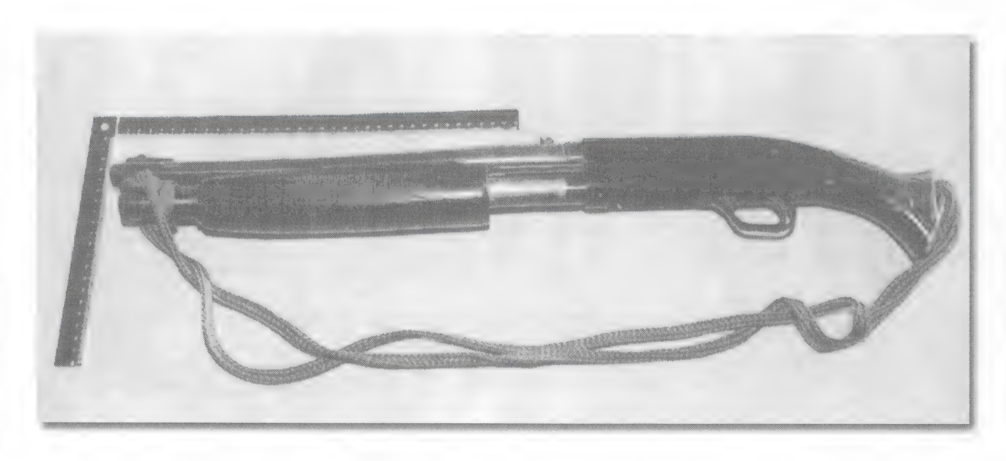
Im Sommer 1994, wenige Monate vor der Kommunalwahl, legte er mir die Rechnung vor: In den von ihm angemieteten Deutzer Räumlichkeiten zückte Thomas – der vermeintlich Selbstlose, Getreue – eine Pistole, holte ein Magazin mit patronierter Munition hervor. 9 Millimeter. Ein tödliches Kaliber. Zuvor war ich mehrmals von politischen Gegnern überfallen und dabei zwei Mal zusammengeschlagen worden. Thomas Adolf forderte mich auf, die Waffe an mich zu

nehmen, um mich beim nächsten Angriff, der doch im Wahlkampf sicher kommen würde, wehren zu können. Selbstverständlich verlangte er für diesen „Freundschaftsdienst" keine Gegenleistung. – Ich verschränkte die Hände hinter dem Rücken und achtete darauf, Waffe und Munition nicht zu berühren. „Bestimmt ist damit eine Bank überfallen oder irgend jemand erschossen worden?", hielt ich ihm entgegen. Thomas blinzelte. Er habe sich gleich gedacht, daß das bei mir nicht funktionieren würde, äußerte er und steckte das Schießgerät weg. Ich solle ihm doch bitte die Sache nicht übel nehmen ...

In diesem Moment war mir klar, das stimmte, was ich ohnehin schon vermutete: Thomas Adolf war ein Lockspitzel des Staates.

Kurze Zeit später traf ich den Waffen-Spezi in einer Deutzer Gaststätte. Er hatte – was für ihn, zumindest seinerzeit, ganz und gar ungewöhnlich war – mehr Alkohol konsumiert, als ihm gut tat. Thomas Adolf jammerte: Sie würden ihn finanziell kurz halten. Er müsse von der Hand in den Mund leben. Stets würde er nur so viel Geld bekommen, wie er kurzzeitig zum Leben brauche. Auf meine Nachfrage, wer denn diese knauserigen Geldgeber seien, gestand Thomas Adolf ein, „für das Innenministerium" zu arbeiten. - Nach dieser Begegnung verschwand er aus meinem Gesichtsfeld. Ich hatte den Eindruck, daß seine Auftraggeber ihn abgezogen hatten.

Als im Jahr 2002 im Rahmen des NPD-Verbotsverfahren immer mehr V-Leute des „Verfassungsschutzes" aufflogen und die Durchsetzung der rechten Szene mit staatlichen Provokateuren zu einem Thema wurde, das die Massenmedien aufgriffen, machte ich mit einer Presseerklärung u.a. auf den Provokateur Thomas Adolf aufmerksam, der versucht hatte, illegal Waffen und Munition in Umlauf zu bringen. Daraufhin meldete sich der Düsseldorfer „Focus"-Redakteur Thomas van Zütphen bei mir und recherchierte: Er stellte Thomas Adolf zu Rede, und der gab sowohl Kontakte zum „Verfassungsschutz" zu, als auch den Versuch, mir die Pistole unterzuschieben. Herr van Zütphen trug meine Anwürfe auch Vertretern des „Verfassungsschutzes" vor. Die aber sahen – eineinhalb Jahre vor dem Dreifach-Mord – keine Veranlassung, gegen Thomas Adolf irgend etwas zu unternehmen. Wäre Thomas Adolf damals entwaffnet worden, könnten der Overather Rechtsanwalt, seine Frau und seine Tochter heute noch leben.



Mit dieser nicht gerade unauffälligen Pumpgun mordete Thomas Adolf: *„Die Umstände aber, die ihm ein langjähriges illegales Hantieren mit Schusswaffen ermöglicht haben, bestehen nach wie vor. Wer wird der nächste sein?"*

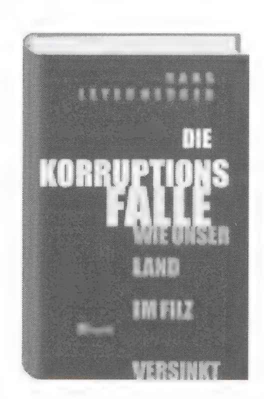
Gegen die betreffenden „Verfassungsschützer" habe ich im November 2003 Strafantrag gestellt wegen Beihilfe zum Mord durch Unterlassen. Die Staatsanwaltschaft lehnte es aber ab, gegen die Staatsdiener zu ermitteln. Die Pistole von 1994 sei ja nicht die Tatwaffe von 2003 gewesen, hieß es zur Begründung.

Ich halte diese Entscheidung der Staatsanwaltschaft Köln für nicht sachgerecht.

Gewiß, mit der Pistole, die mir Thomas Adolf 1994 unter die Nase hielt, ist der Dreifach-Mord von Overath nicht begangen worden. Aber Thomas Adolf hätte ohne sein fragwürdiges staatliches Protege nicht mehr als zehn Jahre lang in der rechten Szene mit Schusswaffen hantieren können. Hätte ich selbst jemals eine Waffe geführt, ohne dafür die erforderlichen Papiere zu besitzen, wäre dies von den Spitzeln in meinem Umfeld gemeldet worden, und ich hätte nicht nur mit einer schlechten Presse, sondern auch mit einer Haftstrafe rechnen müssen. Das deutsche Waffenrecht geht davon aus, daß bereits vom Besitz einer Schusswaffe eine abstrakte Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht. Deshalb ist die Möglichkeit des legalen Waffenbesitzes in Deutschland stark eingeschränkt. Jene Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland, die sich mit dem Aufkommen oppositioneller politischer Strömungen befassen, also der „Verfassungsschutz", die übrigen Geheimdienste und die Staatsschutz-Abteilungen der Polizei, setzen offensichtlich ihre Prioritäten in einer grob sozialschädlichen und rechtsstaatswidrigen Art und Weise. Ihnen kommt es vor allem darauf an, grundgesetztreue Kritiker ihrer Auftraggeber mit Extremismus zu kontaminieren oder zu kriminalisieren. Einen gesetzestreuen Bürger kann man aber nur dadurch kriminalisieren, daß man die Kriminalität, die man ihm anhängen will, selbst schafft. Dafür sind die diesbezüglich tätigen hauptberuflichen Mitarbeiter der einschlägigen Behörden offensichtlich bereit, erhebliche Risiken in Kauf zu nehmen, die sich im Falle Thomas Adolf in besonders grausamer Form realisiert haben. Wer sich so verhält, sollte auch für die Folgen seiner moralisch und rechtlich fragwürdigen Prioritäten-Setzung zur Rechenschaft gezogen werden.

Vom ehemaligen Staatsdiener Thomas Adolf geht keine Gefahr mehr für die Allgemeinheit aus. Er sitzt in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf im Hochsicherheitstrakt ein. Die Umstände aber, die ihm ein langjähriges illegales Hantieren mit Schusswaffen ermöglicht haben, bestehen nach wie vor. Wer wird der nächste sein?

Die Entscheidungsträger im etablierten politischen Apparat sind nicht bereit, das Aufkommen demokratischer Opposition widerstandsfrei hinzunehmen. Sie rufen nach den Geheimdiensten und nach der Polizei, sobald in Deutschland Menschen ihre Bürgerrechte aktivieren und sich beispielsweise außerhalb des etablierten Parteien-Spektrums bei Wahlen um Mandate bewerben, die einzunehmen die Altparteien ein Monopol zu haben glauben. Das ist schlicht verfassungsfeindlich, und jede diesbezügliche staatliche Aktivität ist rechtswidrig. Die Strafjustiz bleibt aufgerufen, den notwendigen Mut an den Tag zu legen, gegen einen solchen Missbrauch staatlicher Gewalt mit den Mitteln des Strafrechtes vorzugehen, wo immer sich dafür ein Ansatz bietet!



Die Korruptionsfalle

Hans Leyendecker: Die Korruptionsfalle, 256 Seiten

Preis: 17,90 EUR

Wie unser Land im Filz versinkt

Korruption hat sich in Deutschland metastasenartig ausgebreitet. Angestellte werden bestochen, Manager leiten Unsummen in die eigene Tasche und Politiker werden „beatmet", wie Schmieren im Jargon der Eingeweihten heißt. Ob Parteispenden oder Industrieskandale, ob schwarze Kassen oder Postenwirtschaft - das Monster, mit dem sich etliche Staatsanwälte derzeit rumzuschlagen haben, stammt nicht aus Sizilien oder Abu Dhabi; die Deutschen selbst haben es erschaffen.

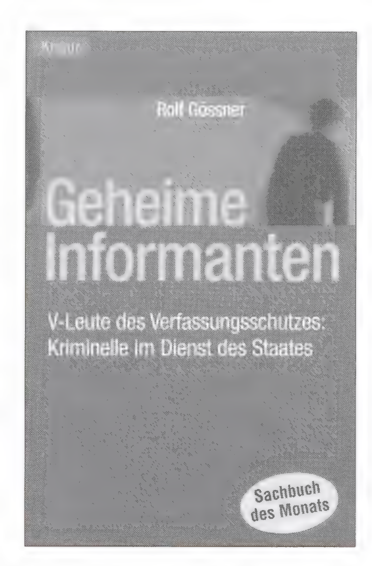
Geheime Informanten

Rolf Gössner: Geheime Informanten, 316 Seiten

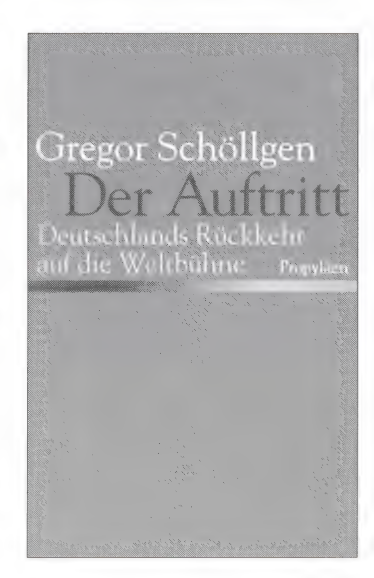
Preis: 12,90 EUR

V-Leute des „Verfassungsschutzes": Kriminelle im Dienst des Staates

Brandstiftung, Totschlag, Mordaufrufe, Waffenhandel, Gründung einer terroristischen Vereinigung - das sind nur einige der Straftaten, die „Vertrauensmänner" des „Verfassungsschutzes" im Schutz ihrer Tarnung begehen. Gut getarnt waren die geheimen Informanten des Staates auch in der NPD: Etwa 30 der 200 NPD-Vorstandsmitglieder standen seit Jahren als V-Leute im Sold des Geheimdienstes. Erst im Verbotsverfahren gegen die Partei flog ihre Deckung auf - und der Prozess platzte wegen dieser bislang größten V-Mann-Affäre in der Bundesrepublik.



Der Geheimdienstexperte Rolf Gössner deckt die kriminellen Karrieren zahlreicher V-Männer auf. Anhand von bislang nicht ausgewerteten oder zugänglichen Quellen schildert er die unheimliche Symbiose von Verfassungsfeinden und angeblichen „Verfassungsschützern". Sein Fazit: Über seine bezahlten Geheimagenten ist der „Verfassungsschutz" Teil des Neonazi-Problems geworden, nicht ansatzweise dessen Lösung. Die Behörde schützt als „veritabler Regierungsgeheimdienst" nicht die Verfassung, sondern die, die oben sitzen.



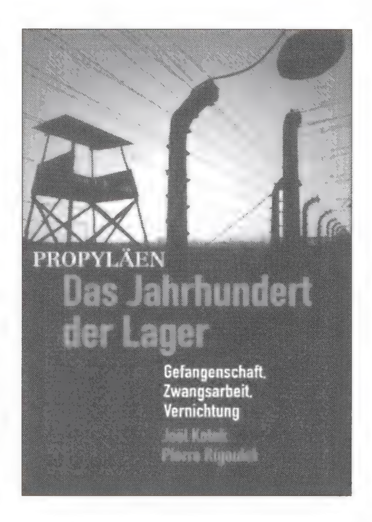
Der Auftritt

Gregor Schöllgen: Der Auftritt, 160 Seiten

Preis: 18,00 EUR

Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Deutschlands Antwort auf Amerika

Wo liegt Deutschlands Zukunft? Mündet die Emanzipation von jahrzehntelanger amerikanischer Bevormundung in dauerhafte Entfremdung? Muss sich Deutschland zwischen transatlantischer Allianz und europäischer Integration entscheiden? Wohin führt Kanzler Schröders „deutscher Weg"? Der Zeithistoriker Gregor Schöllgen, einer der profiliertesten Kenner der deutschen Außenpolitik, gibt Antwort auf diese Fragen und beschreibt mit souveränem Urteil Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik.



Das Jahrhundert der Lager

Joël Kotek, Pierre Rigoulot: Das Jahrhundert der Lager, 768 Seiten

Preis: 35,00 EUR

Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung - Das Signum des 20. Jahrhunderts

Die erste große Bilanz der Lagersysteme des 20. Jahrhunderts - vom Burenaufstand bis zu den Balkankriegen, von den Vernichtungslagern der Nazis bis zu den Zwangsarbeitslagern des sowjetischen Gulag und des chinesischen Laogai. Nach dem Schwarzbuch des Kommunismus ein weiteres großes Resümee der Schrecknisse unserer jüngsten Vergangenheit.

Hethiter

Birgit Brandau, Hartmut Schickert: Hethiter, 368 Seiten, 35 Farbfotos und Zeichnungen

Preis: 9,90 EUR

Die unbekannte Weltmacht

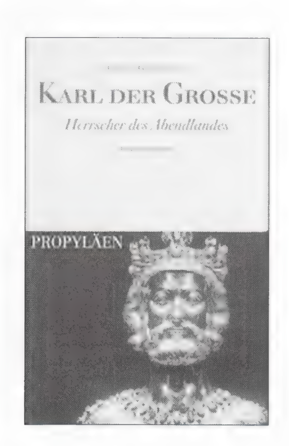
Sie waren wie die Ägypter oder die Babylonier eine Großmacht, gefürchtet wegen ihrer Streitmacht-Armeen, bewundert wegen ihrer Technologie und ihrer Kultur. Warum verschwanden die Hethiter so plötzlich aus der Weltgeschichte?

Zwischen 1800 und 1200 vor Christus bestand das Großreich der Hethiter im heutigen Zentralanatolien, der faszinierendste Staat der Bronzezeit. Die erste schriftliche Verfassung der



Welt, eine gleichberechtigte Stellung der Frauen, ein hochentwickeltes Justizwesen mit dem Grundsatz „Wiedergutmachung statt Strafe", eine tolerante Staatsreligion, die alle Götter zuließ: Das alles mutet sehr modern an, moderner jedenfalls als etwa das Ägypten der Pharaonen. Birgit Brandau und Hartmut Schickert erzählen die Geschichte dieses erstaunlichen Volkes nach, gestützt auf die neuesten Erkenntnisse der Archäologie. Besondere Aufmerksamkeit widmen sie dabei den offenen Fragen der Geschichte: Waren die Hethiter am Trojanischen Krieg beteiligt? Und: Wieso endete das Reich der Hethiter auf dem Zenith seiner Macht? Warum wurde die hochentwickelte Hauptstadt

Hattusa „besenrein" verlassen? Ein faszinierendes Panorama der alten Welt des Vorderen Orients tut sich auf, ein Blick in die Zeit der Babylonier, der Pharaonen, der Trojaner – und in die Geschichte des wohl rätselhaftesten Volkes von allen.



Karl der Grosse

Dieter Hägermann: Karl der Große, 736 Seiten

Preis: 35,00 EUR

Herrscher des Abendlandes

Rechtzeitig zum Karlsjubiläum, der 1200. Wiederkehr der Kaiserkrönung Karls des Großen, legte der Bremer Historiker Dieter Hägermann seine monumentale Biographie des Frankenkönigs vor, der als „Vater Europas" zur Symbolfigur des Kontinents geworden ist. Meisterhaft läßt er Karls faszinierende Persönlichkeit und den Aufbruchsgeist einer ganzen Epoche lebendig werden.

8 Seiten Farbabbildungen, 16 Seiten sw-Abbildungen

Das Vermächtnis des Cheops

Michael Haase: Das Vermächtnis des Cheops, 288 Seiten

Preis: 24,90 EUR

Die Geschichte der Großen Pyramide

Die Große Pyramide von Giza, das Grabmal des König Cheops und Zentrum eines umfangreichen Grabkomplexes. Seit ihrer



Entstehung vor etwa 4550 Jahren fordert sie die Phantasie und den Intellekt der Menschen heraus. In den letzten 200 Jahren war sie oftmals das Ziel wissenschaftlicher Untersuchungen. Dennoch sind bis heute nicht alle Fragen um die größte Pyramide Ägyptens gelöst. Rätselhafte architektonische Strukturen im Kammersystem und in der Umgebung der Pyramide bieten Stoff für Diskussionen.

Der Mathematiker und Pyramidenexperte Michael Haase gibt einen umfangreichen Überblick über den aktuellen Wissens- und Forschungsstand zur Cheops-Pyramide. Er beleuchtet detailliert ihre Baugeschichte und widmet sich ausführlich den vielen Fragestellungen, die sich bei der Erforschung dieses Bauwerks ergeben haben.

Mit 74 Farbfotos, 57 Abbildungen und 12 Tabellen

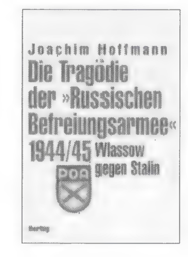
Die Tragödie der POA

Joachim Hoffmann: Die Tragödie der "Russischen Befreiungsarmee" 1944/45, 400 Seiten

Preis: 29,90 EUR

Wlassow gegen Stalin

Andrej Andrejewitsch Wlassow - Verräter oder Freiheitskämpfer? Sein Name ist mit dem einzigen Versuch zum Sturz des Sowjetregimes verbunden, der reale Erfolgschancen hatte.



Mit 30 Abbildungen und Kartenskizzen

„Hoffmanns umfassende und eindrucksvolle Darstellung schließt nicht nur eine Lücke in

der geschichtlichen Forschungsliteratur, sondern bietet zugleich auch ein bestürzendes Zeugnis vom Wesen des Sowjetsystems" - FAZ

„In Forschung und Darstellung eine bedeutende geschichtswissenschaftliche Leistung." - Das Historisch-politische Buch

„Widerlegt die sowjetische Propagandathese von der Einmütigkeit der Völker der Sowjetunion im Kampf gegen die faschistischen Eindringlinge und offenbart die Hybris der deutschen nationalsozialistischen Führung." - Europäische Wehrkunde

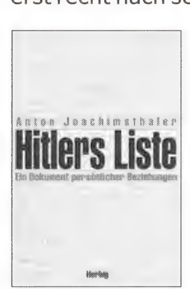
Hitlers Liste

Anton Joachimsthaler: Hitlers Liste, 616 Seiten

Preis: 34,90 EUR

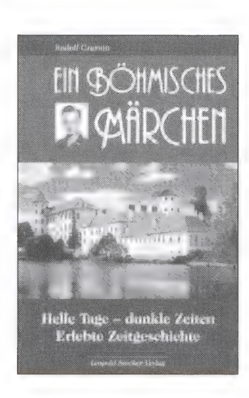
Ein Dokument persönlicher Beziehungen: Hitlers private Geschenkliste - der Schlüssel zu seinem Privatleben

Der Blick auf Hitlers Privatleben wird nach wie vor von Mythen und Spekulationen verstellt. Bereits zu seinen Lebzeiten und erst recht nach seinem Tod wurden ihm einerseits zahllose Liebschaften zugeschrieben, andererseits mancherlei Perversionen angedichtet und selbst seine Männlichkeit infrage gestellt. Wer waren die Menschen, die Hitler wirklich nahestanden, die seine Nähe suchten und, wichtiger noch, deren Nähe er selbst suchte? Die zuverlässige Antwort bietet eine bis dato unbeachtete Geschichtsquelle, eine Liste, auf der alle jene Personen verzeichnet sind, die Hitler zu Weihnachten persönlich beschenkte.



"Joachimsthalers Arbeiten sind eine wahre Fundgrube an Information" - Prof. Dr. Ian Kershaw

Mit 260 Fotos und Faksimiles.



Ein böhmisches Märchen

Rudolf Czernin: Ein böhmisches Märchen, 220 Seiten

Preis: 19,90 EUR

Helle Tage - dunkle Zeiten - Erlebte - Zeitgeschichte

Ein einmaliges Zeitdokument vom Leben des deutsch-böhmischen Adels vor dem Zweiten Weltkrieg, aber auch von den politischen Auseinandersetzungen in der Tschechoslowakei bis hin zum Münchener Abkommen und zur Vertreibung der Deutschen. Mit der Veröffentlichung der Runciman-Tagebücher, die einen Kernteil des Buches ausmachen, wird der Öffentlichkeit eine bedeutsame historische Quelle erstmals zugänglich.

Die Grafen Czernin waren eine der führenden Familien des böhmischen Adels, mit reichen Besitzungen und großen Ländereien. Vom heute kaum noch vorstellbaren Leben auf den Schlössern und Gütern in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg erzählt der Autor und zeichnet das Bild einer versunkenen Gesellschaft.

Zugleich berichtet Czernin aber auch von den immer heftiger werdenden politischen Auseinandersetzungen und dem Streben der sudetendeutschen Minderheit nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Als 1938 der englische Lord Runciman die Tschechoslowakei bereiste, um für seine Regierung die Lage zu erkunden, nahm er für längere Zeit Quartier auf dem Familiensitz der Czernin. Als einzigartiges Dokument wird hier das Tagebuch der Lady Runciman aus diesen Monaten vor dem Münchener Abkommen veröffentlicht, die vorurteilslos ihre Eindrücke niederschrieb.

„Nun danket alle Gott"

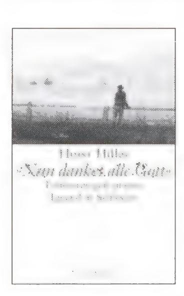
Horst Hiller: „Nun danket alle Gott", 244 Seiten

Preis: 16,90 EUR

Erinnerungen an eine Kindheit und Jugend in Schlesien

Rückblick auf eine zauberhafte Landschaft, auf Schlösser und Gärten und auf eine unauslöschbare Geschichte.

Was der Schüler Werner als seine Heimat Schlesien erfährt, wird dargestellt in der kleinen Stadt Parchwitz in der Zeit von 1939 bis 1945. Werner und seine Freunde wachsen in einer starken Verbundenheit mit der Landschaft und der Geschichte ihrer Heimat und damit einer siebenhundert Jahre alten deutschen Kulturgeschichte auf. In Parchwitz hatte Friedrich der Große im Siebenjährigen Krieg sein Hauptquartier vor der einstmals berühmten Schlacht bei Leuthen. Den Choral „Nun danket alle Gott" sangen die Preußen nach der gewonnenen Schlacht. Und als sie vom Ende des Krieges erfuhren, sangen dann die Parchwitzer auf dem Ring ihrer Stadt „Nun danket alle Gott".



1945 findet die Idylle von Parchwitz, aber auch die der Schlesischen Lande ihr Ende. Werner und seine Familie können sich retten, andere nicht. Parchwitz wird am 8. Februar von sowjetischen Soldaten eingenommen, die deutsche Wehrmacht verteidigt die Stadt nicht. Hillers Buch erschöpft sich nicht in Erinnerungen, sondern wendet sich auch dem lange tabuisierten Thema der Vertreibung und dem Umgang mit dem Begriff des Preußentums zu. Jahrhunderte lang hatten zwischen Russland, Polen sowie dem Baltikum einerseits und andererseits Preußen im Besonderen und Deutschland im Allgemeinen starke kulturelle Verbindungen bestanden. Bedauerlicherweise spielen diese in der neuen Zeit keine wesentliche Rolle mehr, dafür sind die wirtschaftlichen Beziehungen für den erwünschten Wohlstand der Menschen von entscheidender Bedeutung. Daß dies so deutlich ausgesprochen wird, lässt die Erinnerungen des Autors auch in die Zukunft weisen.

Die Macht der Rhetorik

Roman Braun: Die Macht der Rhetorik, 272 Seiten

Preis: 9,90 EUR

Besser reden – mehr erreichen

Die Qualität Ihrer Kommunikation bestimmt Ihren beruflichen und politischen Erfolg, Ihre Zufriedenheit und Ihr Lebensglück. Entscheidend ist, wie Sie Ihre Qualitäten präsentieren, Konflikte lösen und Beziehungen aufbauen. Profitieren Sie vom Rhetorik-Wissen der letzten 2500 Jahre, von Aristoteles bis zur Hypno-Rhetorik. In diesem Buch zeigt Roman Braun Ihnen nicht nur die zehn Einsteiger-Tipps, sondern auch bewährte und innovative Wege zur Rhetorik für Fortgeschrittene.



„So wünscht man sich einen Ratgeber: konsequent praktisch aufbereitete Tipps, die zur sofortigen Umsetzung einladen, illustriert mit Fallbeispielen, die das Thema nachvollziehbar und plastisch machen, und das alles flott und mit viel Hintergrundwissen verfasst. Absolut vorbildlich." - Zeit zu leben

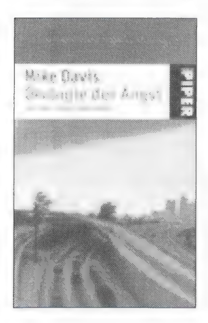
Ökologie der Angst

Mike Davis: Ökologie der Angst, 576 Seiten, mit 87 Abbildungen

Preis: 14,90

Das Leben mit der Katastrophe

In den letzten Jahrzehnten wurde Los Angeles von alttestamentarisch anmutenden Katastrophen heimgesucht: Dürre, Sturmfluten, Tornados. Zugleich wird die amerikanische Großstadt immer häufiger zum Schauplatz von fiktiven Katastrophen – in Filmen und in der Literatur. Am Beispiel der Mega-Stadt Los Angeles analysiert der Soziologe Mike Davis, wie ein größenwahnsinniger Urbanismus Katastrophen gebiert und zugleich von ihnen ablenkt. Und er zeigt: Die drohende ökologische wie soziale Apokalypse ist hausgemacht. Ein unentbehrliches Buch für alle, die sich für die Zukunft unserer Städte interessieren.



Mike Davis, geboren 1946, arbeitete als Fernfahrer und im Schlachthof, studierte Ökonomie und schrieb 1990 „City of Quartz. Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles", das heute als Klassiker gilt. Er lehrt Stadtsoziologie an der University of California, Irvine.

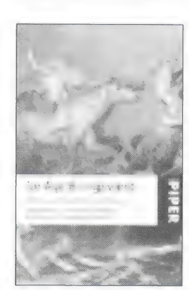
Die wilden Götter

Tor Age Bringsværd: Die wilden Götter, mit 77 Illustrationen von Johannes Grützke, 320 Seiten

Preis: 9,90 EUR

Sagenhaftes aus dem hohen Norden

Originell und humorvoll ist diese rasante Nacherzählung der nordischen Göttermythen. Die nordischen Götter verblüffen nicht zuletzt dadurch, daß sie weder allmächtig noch allwissend sind: So kann Odin zwar eine Welt erschaffen, doch verstehen tut er sie nicht. Die Liebesgöttin Freya kann allen helfen, nur sie selbst leidet unter Liebeskummer ... Diese unterhaltsame „Edda"-Version des Norwegers Tor Åge Bringsværd basiert auf gründlichem Quellenstudium und räumt mit den gängigen Klischees auf.



Tor Åge Bringsværd, geboren 1939 im norwegischen Skien, hat Religionswissenschaften und Ethnologie studiert und gehört zu den bekanntesten Schriftstellern seines Landes. Heute lebt er in Hølen auf der Ostseite des Oslofjords.

Das Buch wurde aus dem Norwegischen übersetzt u.a. von Hans Magnus Enzensberger.

Die Weisheit der Feen

Gillian Kemp: Die Weisheit der Feen

Preis: 17,90 EUR

Mit 52 magischen Karten und einem zauberhaften Buch

Gillian Kemp, die Spezialistin für magische Rituale, hat eine Feenbox zusammengestellt, mit der es uns gelingt, wieder Zugang zum allumfassenden Wissen der Naturgeister zu bekommen. Feen leben im Verborgenen, stehen den Menschen und der Natur jedoch hilfreich zur Seite. Sie kennen heilige und heilende Plätze und besitzen übersinnliche Kräfte. Botschaften der Feen, Elfen, Trolle und Meerjungfrauen geben weise Ratschläge und gewähren einen Blick in die Zukunft. Das Begleitbuch lüftet außerdem ein paar Geheimnisse der kleinen Zauberwesen: Woher sie kommen, wie sie leben und welche mystischen Kräfte sie besitzen.



Elfenfeuer

Monika Felten: Elfenfeuer, 480 Seiten

Preis: 9,90 EUR

Roman - Erstes Buch der Saga von Thale

Finsternis und Unterdrückung herrschen in Thale, seit Elfen und Druiden ermordet und die gütige Göttin vertrieben wurde. Doch bevor er starb, prophezeite der oberste Druide die Ankunft eines Retters, der die dunklen Mächte besiegen und dem Land Frieden und Freiheit zurückgeben wird. Und wirklich: In einer dunklen Nacht kommt heimlich ein Kind zur Welt, das die Prophezeiung erfüllen wird: Sunnivah, ein Mädchen, das nichts von seiner großen Aufgabe ahnt. ...



Fesselnd wie ein Zauber von „Harry Potter", märchenhaft gut wie Tolkiens „Herr der Ringe".

Die Macht des Elfenfeuers

Monika Felten: Die Macht des Elfenfeuers, 480 Seiten

Preis: 9,90 EUR

Roman - Zweites Buch der Saga von Thale

Seit nunmehr fünf Generationen gilt Asco-Bahrran, Meistermagier des finsteren Herrschers, als tot – doch in Wahrheit ist seine Macht unsterblich. Verborgen in den Gefilden der Finstermark, versammelt er ein Heer bestialischer Rächer, um ein Fürstentum des Grauens zu errichten. Die Gütige Göttin, seine erhabene Feindin, träumt derweil in den Gärten des Lebens – bis die Kunde eines schrecklichen Anschlags sie erreicht: Blutrünstige Bestien haben das Volk der Nebelelfen überfallen, und schon brennt das Grasland vor den Mauern der Festungsstadt ...

Das Nachtvolk

Bernhard Hennen: Das Nachtvolk, 288 Seiten

Preis: 8,90

Ein Nibelungen-Roman

In den Sümpfen Aquitaniens, verborgen hinter einer Nebelwand, lebt das Nachtvolk, ein verirrter Keltenstamm mit eigenen Göttern und einer Feenkönigin. Als am Hof von Worms die Kunde eintrifft, König Gunthers Nichte befinde sich in der Gewalt des Nachtvolks, schickt man den Barden Volker von Alzey zu ihrer Rettung aus – und hofft, sich des unliebsamen Schürzenjägers auf diese Weise für immer zu entledigen. Erzählt man sich doch, daß noch nie ein Mensch lebend den schauerlichen Gefilden des Nachtvolks entkam. Doch das Schicksal nimmt einen anderen Verlauf ...



Harald, komm bald wieder!

Götterdämmerung bei Deutschlands ultimativem Fernseh-Unterhalter?

Wie konnte er uns das antun? In seiner letzten Sendung saß Harald Schmidt hüstelnd und in eine Decke gehüllt an seinem Schreibtisch, trug dabei eine militärisch anmutende Schirmmütze und verbreitete Untergangsstimmung. Die Szenerie war offensichtlich der Situation in einem ganz bestimmten Bunker unweit der Neuen Reichskanzlei in Berlin 1945 nachempfunden. Harald Schmidt scheidet aus dem Fernseh-Leben. Wie sollen die Deutschen mit einem zweiten Verlust in dieser Größenordnung innerhalb von nur 58 Jahren fertig werden?

Keiner kannte sich so gut mit den Polen aus wie unser Harald: „Warum kaufen so viele Deutsche in Polen ein? Ganz einfach - sie sind zu blöd zum Klauen!"

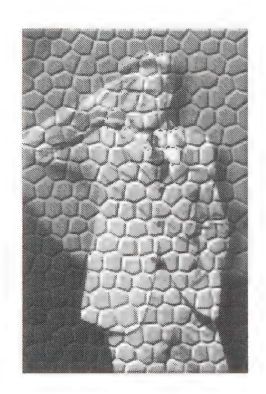
Keiner wusste so gut wie er, was die Menschen wirklich wollen: „Halleluja, ab morgen gibt's bei ALDI die Bibel! Und was ist der Unterschied zwischen ALDI und der Bibel? Bei ALDI kommt die Schlange zum Schluß. ... Wieso bei ALDI die Bibel? Natürlich die Bibel – die meisten Kunden haben ja schon den Koran."

Wer wird uns jetzt erklären, wie es hinter den Kulissen der großen Politik zugeht? – „Kohls Schwester erzählt exklusiv im Stern über seine Kindheit. Er habe etwa seinem Lieblingshäschen beigebracht, Männchen zu machen. ... Das hat uns Blüm aber bisher verschwiegen!"

Und vor allem: Wie sollen deutsche Männer in Zukunft die Frauen verstehen, wenn keiner da ist, der ihnen auf volkstümliche Art den kleinen Unterschied erklärt? – „Wir haben ein tolles Jubiläum: 120 Jahre Telefon. Was ich mich gefragt habe: Wenn das Telefon erst 120 Jahre alt ist - was haben dann die Frauen vorher gemacht?" – „Karrieremänner haben schlechteres Sperma - das ergab eine mündliche Umfrage unter tausend Sekretärinnen." – „Weltfrauentag - das hieß früher Frühjahrsputz."

Wer kümmert sich jetzt um unsere Gesundheits-Vorsorge? – „Meine lieben Landwirte, keine Angst! BSE kann nicht durch Geschlechtsverkehr übertragen werden."

„Warum hat er uns das angetan? Warum dieser schmähliche Verrat?"



Die Älteren unter uns werden den Verlust womöglich erfolgreich kompensieren. Sie können sich noch an die Jahre vor 1995 erinnern, als es keine Harald-Schmidt-Show gab und sie den Fernseh-Abend trotzdem irgendwie überstanden haben. Aber für die jungen Menschen ist es furchtbar. Sie sind ähnlich orientierungslos wie ihre Großeltern in der schrecklichen Zeit nach 1945, als niemand mehr wusste, wo es lang geht, und alle hofften und beteten, daß Er bald zurückkommen möge ...

Warum hat er uns das angetan? Die Gerüchte schießen ins Kraut. Den besten Gäck zum Thema lieferte die „National-Zeitung" vom 19. Dezember 2003, die meinte, die Juden seien schuld. „Harald Schmidt:

Opfer der Israel-Lobby?", lautete die Überschrift. Harald muß Geld bezahlen dafür, daßihm Humor-Fachleute mit derben Zoten zuarbeiten, aber die besten Witze reißen immer noch jene Zeitgenossen, die unfreiwillig komisch sind ...

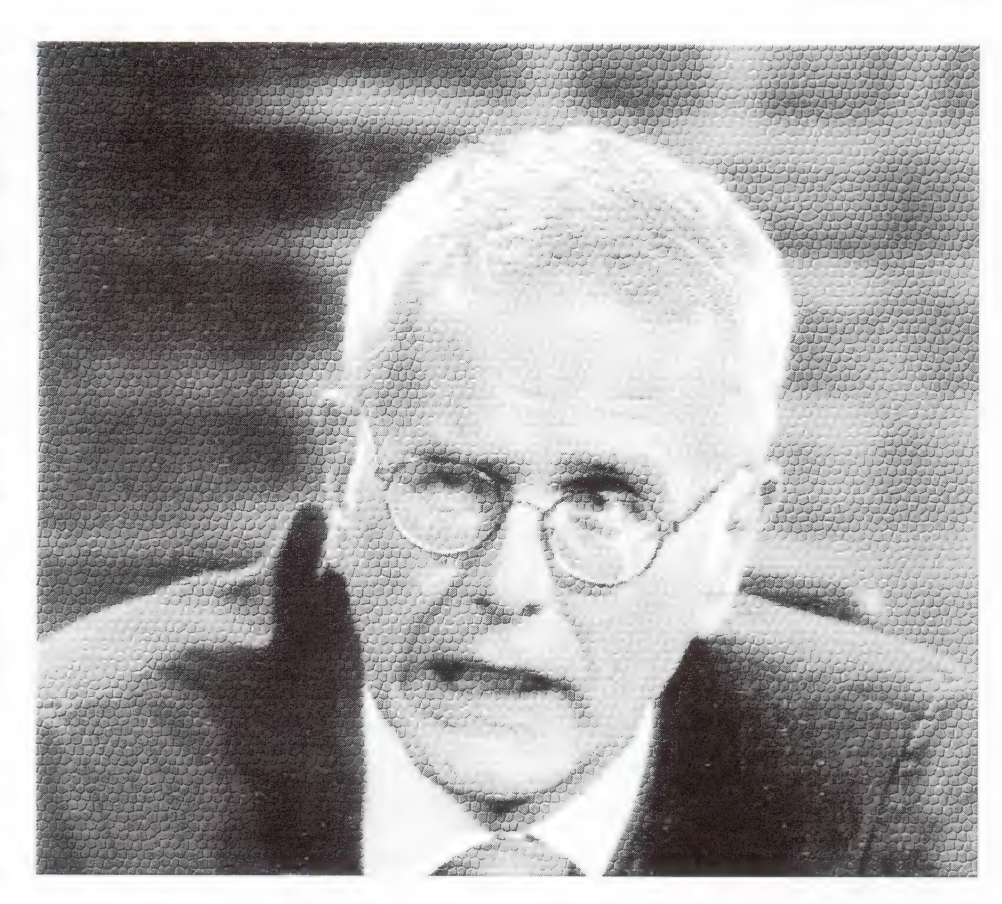
Warum hat er uns das angetan? Warum dieser schmähliche Verrat?

Eine böse Ahnung macht sich breit. Was liebt unser Harald mehr als Polen, Türken, Ossis und Frauen? – Richtig: einen hohen, höheren, noch höheren Geldpegel auf seinem Konto. Deshalb hat nicht irgend eine dahergelaufene Fernseh-Produktionsfirma die Harald-Schmidt-Show gemacht, sondern des **Grö**ßten **F**ernsehunterhalters **A**ller **Z**eiten höchsteigene Firma Bonito. Die sollte in 2004, so sah es ein fertig getippter und von Sat.1 bereits unterschriebener Vertrag vor, 168 Sendungen zum Preis von jeweils 50.000 Euro produzieren. Plus 50.000 für den GRöFAZ persönlich – nicht insgesamt, sondern für jede einzelne der, wie gesagt, einhundertachtundsechszig Sendungen. Macht zusammen ... uff, wo ist der Taschenrechner? Naja, 'ne Menge Kohle auf jeden Fall. Da muß eine alte Frau lange für strikken.

Den Vertrag hatte noch Haralds alter Spezi Martin Hoffmann in seiner Eigenschaft als Sat.1-Chef aufsetzen lassen. Aufsichtsratsmitglieder des ProSiebenSat.1-Medienkonzerns signalisierten dem Vorstand, Schmidt sei einverstanden. Das muß wohl so interpretiert worden sein, als habe der GRöFAZ bereits seinen Kaiser Wilhelm unter das Papier gesetzt. Damit hätte Martin Hoffmann seine Schuldigkeit getan und könnte gehen, glaubte offensichtlich der Vorstand, der Hoffmann daraufhin gegen einen gewissen Herrn Roger Schawinski austauschte.

Das wird unser Harald nicht fein gefunden haben. Geschickt wähnte er den Gegner zunächst in Sicherheit und stellte sich brav: „Für mich ist es menschlich ja ein bisschen hart, aber als Mediennutte muss ich mich eben auf den neuen Chef einstellen. Das ist in diesem Job so. Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing." Guter Harald, wird sich Schawinski gedacht haben. Aber dann kam der Knall. Der GRöFAZ erbat sich eine Kreativpause und unterschieb einfach nicht. „Was mich ein wenig düpiert hat, war, daß am 5. Dezember noch kein Vertrag mit solch einem wichtigen Star unterschrieben war", jammerte Schawinski. Ätschibätsch! Schlechte Zeitplanung. Reingefallen!

Wir können uns leicht vorstellen, wie sich Harald Schmidt in den letzten Wochen



„Du musst dich nicht schämen, so viel Kohle für das bischen Herumalbern einzusacken. Nimm, was Du kriegen kannst!"

genüsslich die Medienberichte über sein vorläufigen Ausscheiden aus dem Abendprogramm zu Gemüte geführt hat. Von der „FAZ" bis zur „Süddeutschen" erklang ein einziges Jammern und Wehklagen. Kreti und Pleti taten ihren Senf dazu, von Roger Willemsen bis Uli Hoeneß, von Anke Engelke über Olli Dittrich bis zu Hartmut Mehdorn – selten war die Nation so einig in ihrer Erschütterung. Was wird geschehen, wenn der Entzugsschmerz unerträglich geworden ist?

Nun, womöglich wird dann die Firma Bonito Angebote von Medienunternehmen einholen. Im Kapitalismus ist es, wie uns Karl Marx lehrt, nun einmal so, daß der Knappheitsgrad einer Ware und die Nachfrage den Preis bestimmen. Bonito hat für die Vermarktung von Harald Schmidt keine Mitbewerber. Und wenn die Nachfrage demnächst gegen unendlich tendiert, was bedeutet das dann für den Preis?

Mensch, Harald, überleg' doch mal: lumpige hundert Mille mal hundertachtundsechszig für ein ganzes Jahr harte Arbeit, das kann es doch für einen wie dich im Leben nicht gewesen sein?! Da ist doch garantiert mehr 'rauszuholen! Du musst dich nicht schämen, so viel Kohle für das bischen Herumalbern einzusacken. Nimm, was Du kriegen kannst! Die Flocken stehen Dir zu! Zieh' dem feisten Kapitalistenpack den letzten Cent aus der Tasche! Es trifft nicht die falschen!

Klar, irgendwann tut sich die Frage auf: „Wohin mit dem ganzen Schotter?" Aber da können wir helfen. Spende doch mal anonym was für 'nen guten Zweck, den Wahlantritt von „pro Köln" e.V. bei der Kommunalwahl im September zum Beispiel (Konto 27 60 21 76, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98). Unsere Bankverbindung lautet übrigens: Verlag Manfred Rouhs, Konto Nr. 79 08 31 76, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98, und nach dem wir die einzigen sind, lieber Harald, die dich wirklich verstanden haben, wäre ein wenig Solidarität schon OK, finden wir.

„Harald kehrt zurück" – das wäre eine Schlagzeile. Noch frohlockt die böse linke Journaille. Der „Spiegel" hofft gar, er würde „als Moderator von Literatursendungen wiederkommen. Oder als Schauspieler. Oder als Gutmensch." (Nr. 51/2003) Na wartet! Wenn der GRöFAZ erst wieder da ist, wird er euch das freche Maul stopfen! Pardon wird nicht gegeben!

Hexenjagd auf einen Lehrer

Seit fast 15 Jahren kämpft der Berliner Lehrer Karl-Heinz Schmick gegen das Diktat der „political correctness"



Karl-Heinz Schmick wurde vom Lehrdienst suspendiert, weil er unbequeme Ansichten vertrat: ***„Das Disziplinarverfahren gegen ihn tritt auf der Stelle, und das mag es noch die nächsten zehn Jahre tun, bis zu seiner Pensionierung."***

Nach mehr als einem Jahrzehnt im alltäglichen Kleinkrieg mit den Inquisitoren der „political correctness" wurde der Berliner Lehrer Karl-Heinz Schmick am 7. Dezember 2000 vom Dienst suspendiert. Bei vollen Bezügen. Seither brüten Beamte „über die Verhängung eines Verbotes der Amtsausübung" gegen den 54jährigen. Die Akte ist mittlerweile auf mehr als 2.000 Seiten angewachsen. Aber darin ist nichts enthalten, was die gegen Schmick erhobenen Vorwürfe – er sei ein Nazi, würde die Geschichte fälschen, den Holocaust verharmlosen, etc. – in gerichtsfester Form erhärten könnte. Karl-Heinz Schmick hat nichts weiter getan, als dem Zeitgeist zu widersprechen. Er hat es gewagt, die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung zu kritisieren. Er hat der Lehrer-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften linke Tendenzen attestiert. Er hat im Schulbetrieb nicht jeden Schnickschnack mitgemacht. Das rief sogar den Bundespräsidenten auf den Plan, der die Forderung nach der Entlassung Schmicks aus dem Schuldienst unterstützte.

In den 80er Jahren unterrichtete Karl-Heinz Schmick an der Tannenberg-Oberschule in Berlin Geschichte, Erdkunde und Politische Weltkunde. Dann begab es sich, daß seine Lehranstalt zeitgemäß in Willi-Graf-Oberschule umbenannt werden sollte. „Tannenberg" steht für einen Sieg des deutschen Heeres über die Truppen des zaristischen Russland im Jahre 1914. Willi Graf war Angehöriger der „Weißen Rose", die Widerstand gegen das Nazi-Regime geleistet hatte. Er habe nichts gegen Willi Graf, betonte Karl-Heinz Schmick. Aber es gebe keinen Grund, die traditionsreiche Lehranstalt umzubenennen. Schließlich gehörten doch auch die Schlacht bei Tannenberg und der Erste Weltkrieg zur deutschen Geschichte. Was spräche also dagegen, den Namen beizubehalten?

Schmick organisierte in der Aula seiner Schule eine große Ausstellung über Tannenberg. Viele Schüler machten begeistert mit. Die Schulleitung aber tobte und sorgte für die Versetzung des widerspenstigen Pädagogen an das Gymnasium Steglitz.

Das Gymnasium Steglitz hat den Ruf, eine der besten Lehranstalten Berlins zu sein. Schmick musste sich also nicht straf-

versetzt fühlen, obwohl seine Abschiebung offensichtlich genau so gemeint war. An seinem neuen Arbeitsplatz eilte ihm – was soll man sich großartig mit Details aufhalten? – der Ruf voraus, etwas gegen die „Weiße Rose" zu haben. Trotzdem gelang es Schmick, zumindest einen Teil seiner Kollegen davon zu überzeugen, daß er zu unrecht in die braune Ecke gestellt wird.

In den 90er Jahren wurden auch Berliner Schüler immer wieder von Lehrern und Schulleitern dazu aufgefordert, sich an Demonstrationen „gegen rechts" zu beteiligen. Das kam bei allen Jahrgangsstufen gut an, vor allem, wenn dafür Mathe, Latein oder Physik ausfielen. Auch Karl-Heinz Schmick empfahl seinen Schülern die Teilnahme an solchen Demonstrationen, beanstandete aber deren Stoßrichtung „gegen rechts". Besser wäre, die Sache würde sich „gegen Rechtsextremismus" wenden, meinte er. Und dann könnte man ja auch ruhig mal „gegen Linksextremismus" demonstrieren ... aber so war das Ganze „von oben" wohl nicht gemeint. Schmick machte sich erneut unbeliebt.

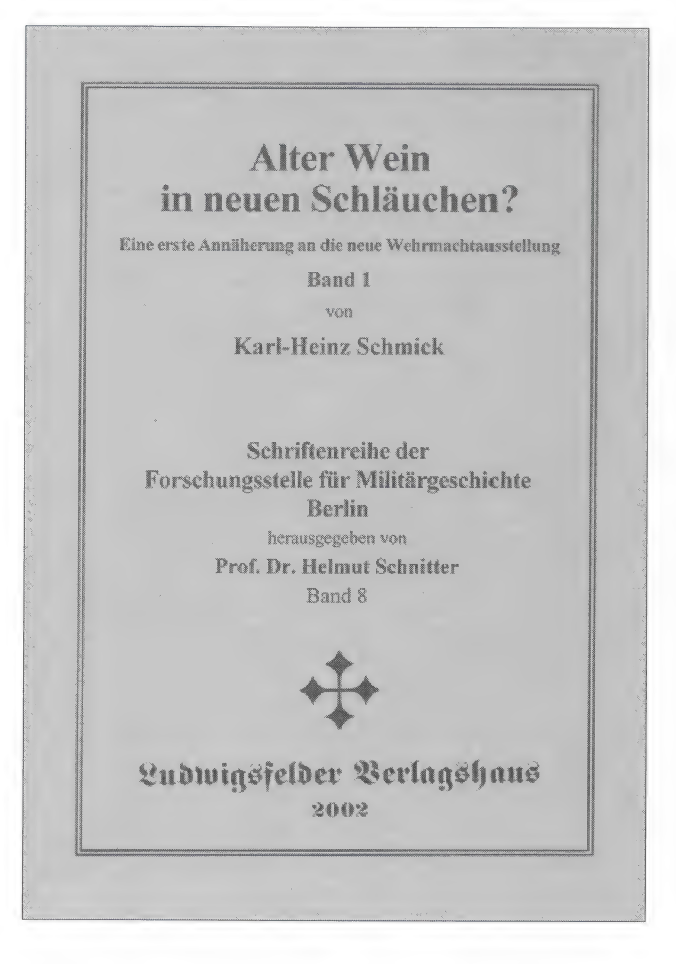
Im Geschichtsunterricht sparte Schmick die Schrecken der nationalsozialistischen Konzentrationslager nicht aus. Aber er referierte jeweils den neuesten Stand der wissenschaftlichen Forschung und stellte ihn gelegentlich früheren offiziellen Darstellungen gegenüber. Kein einziger seiner Schüler hat ihm je vorgeworfen, er hätte die Verfolgung und Entrechtung der Juden unter dem NS-Regime kleingeredet oder Opferzahlen zu relativieren versucht. Allein die Gegenüberstellung des aktuellen gegen einen früheren Forschungsstand reichte, um ihm den Vorwurf der Verharmlosung des Nationalsozialismus einzuhandeln.

Am 23. Mai 2000 wurde ein gegen Schmick gerichteter Fahndungsaufruf in Umlauf gebracht. Neben seinem Foto stand die Frage: „Braune Bildung am Gymnasium Steglitz?" Das Impressum der Hetzschrift war falsch, und die Vorwürfe gegen Schmick waren es ebenso: Nazi, Holocaust-Leugner, ein menschenverachtendes Subjekt sei Schmick, konnte man da lesen. Schulleiter Gey forderte Schmick daraufhin auf, zum Inhalt der anonymen Schrift Stellung zu nehmen. Der bat höflich darum, „ein solches Pamphlet nicht ernsthaft als Basis für Verdächtigungen und Vorwürfe in Betracht" zu ziehen.

Auf diesem Niveau geht die Auseinandersetzung bis heute weiter.

Karl-Heinz Schmick: Alter Wein in neuen Schläuchen?, 262 Seiten, 13 Seiten Bildteil, kartoniert, EURO 19,00, erhältlich beim Vertrieb von nation24.de

Schmicks Urteil über Reemtsmas Ausstellung ist vernichtend. An Hand von 11 Fallbeispielen weist er nach, daß hier von Kriegsverbrechen gar keine Rede sein kann, in vier weiteren Fällen sind große Zweifel an der Berechtigung der Vorwürfe angebracht. An Hand von sieben Themenkomplexen werden überdies gravierende methodische Fehler aufgezeigt.



Im Lehrerkollegium verteidigt sich Schmick offensiv gegen Vorwürfe. Viele Kollegen stehen ihm bei. Schüler der Klasse 10b, die Schmick unterrichtet hat, schreiben einen Brief an den Schulleiter: es sei wohl so, daß ihr Lehrer „rechtem Gedankengut nahe steht. (...) Dies bedeutet nach unserer Ansicht allerdings nicht automatisch, daß er etwa als Neonazi einzustufen ist."

Die „besorgten Eltern" treten auf den Plan. Eine Mutter klagt, ihr Sohn sei durch Schmick sozialethisch desorientiert worden. Er würde Hitler mit Stalin vergleichen und behaupten, die Kommunisten hätten mehr Menschen umgebracht als die Nazis. Zudem habe er im Unterricht erfahren, daß auch Pol Pot schlimm gewesen sei. So kann es nicht weitergehen! Unter Federführung des Chirurgen Dr. Eckart Frantz soll der Teufel Karl-Heinz Schmick ausgetrieben werden. Der Intiative gelingt es schnell, prominente Unterstützer zu finden. Günther Jauch mutiert zum „betroffenen Vater", obwohl sein Nachwuchs nie von Schmick unterrichtet wurde. Und auch Bundespräsident Johannes Rau erklärt sich mit den „Nazi-Jägern" solidarisch. Als denen von Eltern, die den Spuk beenden wollen, entgegen gehalten wird, sie würden Karl-Heinz Schmick in den Selbstmord treiben, meint Dr. med. Eckart Frantz lapidar: „Verdammt noch mal, dann hätte er eben hängen müssen." - Eine feine Gesellschaft, deren „Argumenten" sich die Schulleitung selbstverständlich nicht verschließen kann und also den Lehrer vom Dienst suspendiert.

Aber Hexer müssen verbrannt werden, damit sie wirklich tot sind. Hängen allein reicht nicht. Das scheinen die Herren Frantz, Rau, Jauch & Co. nicht bedacht zu haben. Karl-Heinz Schmick nutzt seine freie Zeit für Vortragsreisen und klärt über Reemtsmas Anti-Wehrmachts-Ausstellung auf. Er verfasste eine kritische Broschüre, die maßgeblich zur Schließung der ersten Reemtsma-Schau beigetragen hat. Auch die aktuelle Ausgabe dieser Schrift, die sich unter dem Titel „Alter Wein in neuen Schläuchen" mit der überarbeiteten Ausstellung befasst, ist so wie alles, was Schmick macht: sachlich, informativ, unangreifbar. Schmick denkt ganz und gar nicht daran, sich aufzuhängen. Oder sich radikalisieren zu lassen. Das Disziplinarverfahren gegen ihn tritt auf der Stelle, und das mag es noch die nächsten zehn Jahre tun, bis zu seiner Pensionierung. Das Land Berlin gibt so Karl-Heinz Schmick beide Hände frei für seine zeitgeschichtliche Arbeit.

An ihm werden sie sich die Zähne ausbeißen.



HELDENTUM

Mit der Geisterarmee an seiner Seite zieht Aragorn in den Kampf

Die Rückkehr des Königs

USA 2003, 201 Minuten, Regie: Peter Jackson, Drehbuch Viggo Mortensen u.a., http://www.warnerbros.de/movies/herrderringe/

Der „Herr der Ringe" beflügelt seit Jahrzehnten die Phantasie alter und junger Menschen gleichermaßen. Zurecht gilt die Ring-Saga als *die* Fantasy-Geschichte schlechthin, grundlegend für alles, was danach kam - und unübertroffen. J. R. R. Tolkiens Welt fasziniert, weil sie so reich an frei erfundenen, aber doch schlüssigen Motiven ist. Der ewige, heldenhafte Kampf der Kräfte des Guten gegen die Mächte der Finsternis bleibt aktuell. In die Legende mag ein jeder hineininterpretieren, was er will. Tolkien selbst hat stets alle Versuche, seine in den 50er Jahren verfassten und in den 60ern popularisierten Geschichten politisch zu vereinnahmen - was nach dem Zweiten Weltkrieg nahe lag - energisch zurückgewiesen. Die Orks stehen also weder für die US-Armee von heute, noch für die deutsche Armee von damals, die Hobbits sind weder die Engländer von 1940, noch die Globalisierungs-Gegner des 21. Jahrhunderts. Und wir Deutschen, die wir seit Metternichs Zeiten von einem Spitzel-Regime ins nächste gerutscht sind, mögen in Gollum den typischen „V-Mann" erkennen - aber wir sollten uns dabei der Fairness halber nicht auf Tolkien berufen.

Im dritten, abschließenden Teil der Ringsaga fließen die Handlungsstränge der ersten beiden Teile zusammen. Saurons Armee marschiert auf Minas Tirith, die Hauptstadt Gondors und zugleich letzte Bastion der freien Menschen. Gandalf versucht, die entmutigten Kämpfer zu motivieren. Dabei muß er sich zunächst mit dem verrückten Truchsess Denethor, Vater von Boromir und Faramir, auseinandersetzen. Der Stadthalter will weder erkennen, daß Gondor wieder einen König braucht, noch sieht er, welche Familien-Tragödie sich zwischen ihm und seinem jüngeren Sohn Faramir abspielt.

In Bruchtal entscheidet sich Arwen, nicht zusammen mit den anderen Elben Mittelerde zu verlassen. Sie begibt sich zu Elrond und teilt ihm ihren Entschluss mit. In einer Vision sah sie selbst eine mögliche Zukunft für sich und ihren Geliebten Aragorn. Elrond erkennt, daß er sie nicht umstimmen kann, und entscheidet sich dafür, aus den Stücken des zerbrochenen Schwertes Narsil eine Klinge zu schmieden, die seinem Ziehsohn und Nachfahre Isildurs im Kampf beistehen wird.



SCHÖNHEIT

... und nur der rechtmäßige Thronerbe vermag sie zu erlösen

Aragorn begreift, daß Saurons Armeen vor Gondor auch mit Hilfe der Reiter von Rohan nicht zu besiegen sind. Gemeinsam mit Legolas und Gimli begibt er sich in den weißen Bergen auf den Pfad der Toten. Die Geister derer, die Isildur Treue schworen und dann ihren Eid brachen, wurden an diesen finsteren Ort verbannt, und nur der rechtmäßige Thronerbe vermag sie zu erlösen. Mit der Geisterarmee an seiner Seite zieht Aragorn in den Kampf.

Während der Vorbereitungen für die Schlacht um Gondor versuchen die beiden Hobbits Frodo und Sam, begleitet von dem undurchsichtigen Gollum, den Ring Saurons in den Vulkan des Schicksalsberges zu werfen, um ihn zu vernichten. Frodo leidet mit jedem Schritt mehr unter der Last des Rings, der die Nähe des dunklen Herrschers fühlt. Jedes Mittel ist ihm Recht, um in Saurons Hände zu gelangen. Gollum, der ihr Führer nach Mordor ist, verfolgt seinen eigenen Plan. Mit einer List gelingt es ihm, einen Keil zwischen die beiden Freunde Frodo und Sam zu treiben. In einer Höhle stellt er den Hobbits eine tödliche Falle auf ...



VERRAT

Gollum ... verfolgt seinen eigenen Plan

Ein Ring,
sie zu knechten,
sie alle zu finden,
ins Dunkle zu treiben
und ewig zu binden
im Lande Mordor,
wo die Schatten drohn.



FREUNDSCHAFT

Kampf der Kräfte des Guten gegen die Mächte der Finsternis

Das Wunder von Bern

Deutschland 2003, 117 Minuten, Regie: Sönke Wortmann, Drehbuch: Louis Klamroth u.a., www.daswundervonbern-derfilm.de

In späteren Zeiten wird Sönke Wortmanns „Wunder von Bern" vielleicht einmal als Vorläufer eines neuen patriotischen deutschen Kinos gewertet werden. Der Film hätte es verdient! Er besticht vor allem durch die Atmosphäre, die er vermittelt: ein beeindruckendes Bild jener 50er Jahre, die sich die meisten Nachgeborenen als einen bleiernen, lustlosen Abschnitt deutscher Geschichte vorstellen.

Bleiern und lustlos mag vieles in den 50ern tatsächlich gewesen sein. Die Zeit war geprägt vom Wiederaufbau der Städte, von harter Arbeit und wenig Brot. Der Film zeigt uns Eindrücke aus einer Welt, die den Jüngeren als unwirklich, aber sicher nicht unsympathisch erscheinen mag: Familien-Zusammenhalt. Viele schöne Oldtimer. Heizen mit Kohle. Scharen von Kindern mit blonden Haaren und in kurzen Lederhosen, die auf dem Hinterhof Fußball spielen ... War wirklich alles schlechter damals?

Der Film mündet ein in den Sieg der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in der Schweiz 1954, ein Ereignis, daß uns den berühmtesten Radio-Bericht der deutschen Mediengeschichte eingebracht hat: „Aus dem Hintergrund müsste Rahn schießen, Rahn schießt ... Tor ... Tor ... Tor ... Tor ... Tor für Deutschland. ... Aus ... aus ... aus. Das Spiel ist aus. Deutschland ist Weltmeister!" Auf die bewegenden Worte des Radio-Reporters Herbert Zimmermann zum 3:2 Siegtreffer der deutschen Mannschaft in Bern und dem Spielende folgte die Nationalhymne, erstmals nach vielen Jahren wieder von Tausenden als Fußballfans angereister Deutscher mit Inbrunst angestimmt: „Deutschland, Deutschland über alles ..." Ein nationales Erweckungs-Erlebnis.

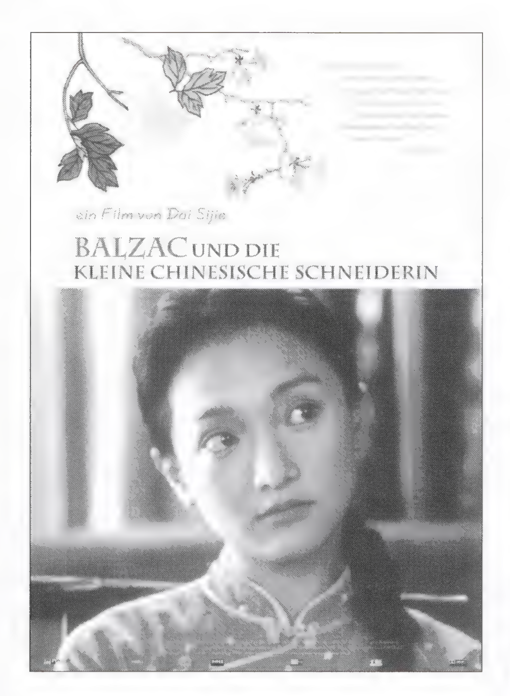
Der Film erinnert uns nebenbei daran, daß es einmal Zeiten gegeben hat, in denen Fußball etwas mit Sport zu tun hatte, und nicht nur mit Kommerz. Da war alles „echt". Heute dagegen wirkt manchmal selbst der Ball so, als sei er aus Plastik.

Eine Schüsselszene des Films spielt nach der 3:8-Niederlage der Deutschen im Vorrunden-Spiel gegen die Ungarn. Sepp Herberger schleicht gesenkten Hauptes durch das Mannschaftshotel. Eine Putzfrau versucht, ihn aufzumuntern. Sie sagt: „Man muß auch mal fünfe gerade sein lassen. Der Ball ist rund. Und ein Spiel dauert neunzig Minuten." – Die Szene ist frei erfunden. Aber schön ausgedacht.



Filmszene: Jubel der Deutschen nach dem Sieg über Ungarn 1954.

Fazit: Ein großartiger Film. Muß man gesehen haben!



Filmplakat: *„... schmalzige Dreiecks-Geschichte."*

Balzac und die kleine chinesische Schneiderin

▶ Frankreich 2002, 116 Minuten, Regie: Dai Sijie, Buch Zhou Xun u.a., www.schwarzweiss-filmverleih.de

China im Jahr 1971. Die Kulturrevolution tobt. Die Studenten Ma und Luo werden zur Umerziehung auf's Land geschickt. Sie müssen den Bauern zur Hand gehen. Bücher sind streng verboten, mit Ausnahme der Mao-Bibel. Die beiden aber haben nichts besseres zu tun, als dem Landvolk die als westlich-dekadent geltende, von ihnen insgeheim eingeschleppte französische Literatur nahe zu bringen - und sich an die bildhübsche Enkelin des alten Schneiders heranzumachen. Aus diesem Stoff webt der Regisseur eine schmalzige Dreiecks-Geschichte.

Dai Sijie weiß, worüber er filmt. Der Sohn eines Arztes wurde in der Mao-Zeit für drei Jahre in ein Arbeitslager in der chinesischen Provinz verbannt. Dort sollten ihm bei harter, manueller Arbeit die bürgerlichen Flausen ausgetrieben werden. „Es war kein Ferienlager", beklagt sich Sijie. Dem in Paris lebenden Exil-Chinesen erschien die Maloche als „verlorene Zeit". Für mehr als hundert Millionen chinesische Bauern gestaltet sich indessen der Arbeitsalltag bis heute nicht erheblich anders. Und, immerhin, Sijie wurde durch Maos „pädagogische Maßnahmen" dazu veranlasst, einen bezaubernden, poetischen Film zu machen, über Freundschaft und Mut, Kraft und Liebe – zu schönen Frauen und zur „dekadenten" westlichen Literatur, an deren Adresse Dai Sijie mit diesem Werk seine uneingeschränkte Zuneigung erklärt.



Filmszene: Junger Chinese bei der heimlichen Lektüre „dekadenter" westlicher Literatur.



Filmszene: Selbst die hässliche Uniform des roten Regimes kann die schöne Schneiderin nicht entstellen.



Filmszene - Armenier auf dem Weg zur Exekution: *„Daß dieser Film in der Türkei nicht gezeigt werden darf, weil er als anti-türkische Hetze aufgefasst wird, versteht sich von selbst."*

Ararat

▶ Kanada 2002, Regie: Atom Egoyan, Buch: Charles Aznavour u.a., http://www.koolfilm.de/ararat/ararat_background.php4

Atom Egoyan ist ein Kanadier armenischer Abstammung. Er erzählt den Massenmord an mehr als einer Millionen Angehörigen seines seit dem Jahr 301 am Berg Ararat beheimateten Volkes während des Ersten Weltkrieges anhand eines Films im Film nach: Der armenische Regisseur Edward Saroyan, gespielt vom bekannten Chanson-Sänger Charles Aznavour, der ein Kind armenischer Einwanderer ist, dreht einen Film über den Genozid an den Armeniern. Die Dreharbeiten verwischen mit den Erfahrungen dreier Generationen von Angehörigen dieses christlichen Volkes, dessen Trauma die Welt bislang einfach nicht zur Kenntnis genommen zu haben schien. Etwa die Hälfte bis zwei Drittel der damals lebenden Armenier fiel dem Genozid zum Opfer.

Daß dieser Film in der Türkei nicht gezeigt werden darf, weil er als anti-türkische Hetze aufgefasst wird, versteht sich von selbst. Türken und Deutsche haben offensichtlich zwei diametral entgegengesetzte Methoden des Umgangs mit den dunklen Kapiteln ihrer Geschichte etabliert.

Atom Egoyan sagt über seinen Film: „Ararat fragt nach der Rolle der Kunst im Ringen um Sinn und Erlösung nach einem Genozid. Es ist ein zutiefst persönliches Werk. Ich wollte keinen Film über den Genozid machen, sondern über die Erinnerung daran; und zeigen, wie Verleugnung das Trauma fortsetzt: Ständig muß man einen schmerzlichen Sachverhalt erklären, obwohl er der ganzen Welt bekannt sein sollte. Ich wollte die Folgen des historischen Ereignisses für unsere Generation aufspüren - und den Zuschauer das Grauen im spirituellen Sinn fühlen lassen: den Verlust der Menschlichkeit in uns."



Filmszene: *„Es ist ein zutiefst persönliches Werk."*



Filmszene: Kampf der Samurai gegen die reguläre japanische Armee.

Last Samurai

USA 2003, 150 Minuten, Regie: Edward Zwick, Buch: Tom Cruise u.a., www.lastsamurai.de

Tom Cruise spielt Captain Nathan Algren, der im Amerikanischen Bürgerkrieg in Maryland und Virginia sein Leben für Ehre und Vaterland in die Waagschale geworfen hat. Nach dem Krieg verpasst er den Einstieg in ein ziviles Leben. Er beteiligt sich an den Ausrottungs-Feldzügen gegen die Indianer, wird zum bezahlten Mörder.

Die Filmhandlung setzt 1876 in San Francisco an. Moralisch verwahrlost durch die hinter ihm liegenden Massaker, zieht Algren mit einem Schausteller durchs Land. Er trinkt, um vergessen zu können. In dieser Zeit sucht die japanische Regierung kriegserfahrene Ausbilder für die Armee ihres Landes. Japan soll modernisiert und für den Handel mit dem Westen geöffnet werden. Die Zukunft liegt in Telegraphen-Leitungen und Eisenbahn-Schienen, wollen pro-westliche Berater dem Tenno klar machen. Dem stehen kriegerische Banden im Weg, die ganze Regionen des Nippon-Reiches unsicher machen: die Samurai, die ihre traditionelle Lebensweise gegen den von oben verordneten Fortschritt verteidigen wollen.

Captain Algren tritt in den Dienst der kaiserlich-japanischen Armee und bringt den zum Teil vom Bauernhof wegrekrutierten Wehrpflichtigen bei, wie man ein Gewehr hält. Mit seiner Truppe aus Frischlingen zieht er gegen die Streitmacht des Samurai-Führers Katsumoto in den Kampf – und verliert. Algren wird gefangen genommen und in eine entlegene Bergregion verschleppt.



Filmszene: Die letzten Samurai im 19. Jahrhundert wirken wie Relikte aus dem Mittelalter.



Filmszene: Captain Algren kehrt zu seinen Wurzeln zurück und wechselt die Seiten.

Dort findet er zu sich selbst zurück, zu seinen Wurzeln und Idealen. Ihm wird klar, daß er in den Kampf der Japaner auf der falschen Seite eingegriffen hat, daß die Sache der Samurai seine eigene Sache ist ...

Tom Cruise spielt eine wunderbare Rolle. Große Emotionen, Kampf und Aktion in vollendeten Bildern prägen diesen Film, der eine Lanze bricht für Kulturbewahrung und Widerstand gegen einen weltweit entfesselten Fortschritts-Wahn.

Der menschliche Makel

USA / Deutschland / Frankreich 2003, 106 Minuten, Regie: Robert Benton, Buch: Anthony Hopkins, Nicole Kidman u.a., http://www.concorde-film.de

Der amerikanische Universitätsprofessor Coleman Silk macht ein paar flappsige Bemerkungen über zwei seiner Studenten. Das wäre nicht weiter tragisch, würde es sich bei den Betroffenen nicht um Schwarze handeln. So aber wird dem 71jährigen Rassismus vorgeworfen. Der banale Vorgang eskaliert zu einem handfesten Skandal.

Was die Initiatoren des Kesseltreibens gegen Silk nicht wissen: Der Professor selbst hat zwar eine weisse Haut, aber afrikanische Vorfahren. Er tat das, was in den 40er Jahren viele hellhäutige „Schwarze" in den USA taten: er gab sich als europäischstämmig aus, um seine Berufs-Chancen zu verbessern. Im Rahmen der Rassismus-Kampagne gegen ihn holt Silk seine Vergangenheit ein.



Filmszene - Coleman Silk vor seinen Studenten: *„Der Professor selbst hat zwar eine weisse Haut, aber afrikanische Vorfahren."*

Der Film erzählt ein nicht uneingeschränkt kurzweiliges Drama um Selbsttäuschung, Freiheit und Identität. Anthony Hopkins verleiht der Hauptrolle einen gewissen Glanz, hat aber als Hannibal Lecter nachhaltiger überzeugt. Nicole Kidman besetzt die Rolle seiner jungen Lebens- und Dialog-Partnerin Faunia Farley.

Ein schwermütiger Film.



Illegale Einwanderer haben ihr Boot vor der spanischen Küste auf Grund gesetzt und waten an Land: *„Solange weltweit viele hundert Millionen Menschen unter Verhältnissen leben, die von völliger persönlicher Perspektivlosigkeit geprägt sind, wird der Ansturm auf die wirtschaftlich besser entwickelten Regionen der Welt nicht abreißen."*

Ein Boot voller Leichen

Organisierte Schlepper verdienen jährlich viele Milliarden US-Dollar mit der Schleusung von Armutsflüchtlingen nach Europa

Eine halbe Millionen Armutsflüchtlinge werden jedes Jahr von bezahlten Schleppern in Länder der Europäischen Union eingeschleust. Ihr bevorzugtes Reiseziel ist Deutschland. Die Fahrt kostet zwischen 3.000 und 5.000 US-Dollar pro Person. Wer lebend im vermeintlichen Wohlstands-Paradies ankommt, macht sich daran, Geld zu verdienen, um seine Familie nachzuholen. Im April 2003 wurde eine der Hauptfiguren des internationalen Menschenhandels im Libanon gefasst. Deutsche Behörden beantragten die Auslieferung – vergebens. Im Oktober ließen die Libanesen Majed Bin Ahmad Muhammad, der sich Majed Berki nennt, einen der Größten im Schleuser-Geschäft, wieder laufen. Der clevere Geschäftsmann aus Syrien hat den Aktivitäten seiner Branche eine neue Qualität gegeben: setzten früher kleine Boote mit 10 bis höchstens 50, 60 Personen nach Europa über, so organisierte Berki als erster die Überfahrt großer Seelenverkäufer, auf denen 500 bis 1.000 Armutsflüchtlinge zusammengepfercht werden.

Zu Sylvester 1999 tauchte das erste Berki-Schiff wie ein böses Omen für das 21. Jahrhundert vor der Küste Kalabriens auf. Die italienische Küstenwache zählte an Bord 257 Menschen. Von da an ging es Schlag auf Schlag. Die „East Sea" sollte 912 Menschen direkt nach Deutschland bringen, strandete aber wetterbedingt im Februar 2001 bei Saint-Raphael in Südfrankreich. Die „Monica" verfrachtete im März 2002 knapp tausend Armutsflüchtlinge nach Sizilien. Als die Italiener das Schiff stoppen wollten, hielt einer der Schleuser drohend ein Kleinkind über die Reling. Seine Kumpane zerstörten die Schiffsmaschine. Die Italiener schleppten das Wrack in den Hafen von Catania. Dort büchste die menschliche Fracht, größtenteils Kurden aus dem Irak, einfach aus. In Deutschland warteten schon Berkis Helfer auf die zahlende Kundschaft. Die eine Hälfte der Kosten hatten sie vor Antritt der Reise bezahlt, die zweite Hälfte wurde bei der Ankunft am deutschen Zielort fällig. Da es die Italiener – wieder einmal - versäumten, den Arbeitswilligen die Fingerabdrücke abzunehmen, können die deutschen Behörden sie nach geltendem EU-Recht nicht nach Italien zurückschicken, wenn sie bei Razzien in der Gastronomie oder auf Baustellen festgenommen werden. Die Betroffenen machen dann ein trauriges Gesicht und beantragen Asyl – was einige von ihnen als Iraker kurdischer Herkunft auch bekommen.

An Bord der „Monica" herrschten unglaubliche hygienische Verhältnisse. Die Fahrt dauerte eine Woche. Währenddessen mussten die Flüchtlinge im Dunkeln unter Deck bleiben, damit niemand bemerkt, welche Fracht das Schiff geladen hat. Wasser

war nur zum Trinken da. Daß es keine Toiletten gab, versteht sich von selbst. Wer starb, ging über Bord.

Aber im Vergleich zu dem, was vor allem viele Schwarzafrikaner in den Nussschalen anderer Menschenhändler durchmachen, ist Majed Berkis Service Erste Klasse. Der Bundesgrenzschutz zählte in den Jahren 2002 und 2003 zusammen 681 Verluste an Menschenleben bei derartigen Einwanderungs-Versuchen über das offene Meer. Registriert werden indessen nur jene Opfer, deren sterbliche Überreste irgendwann an Land gespült wurden. Oder die, wie unlängst vor der Mittelmeer-Insel Lampedusa, in einem Boot voller Leichen auf dem Wasser treiben, weil sie vom Kurs abgekommen sind und ihre Süsswasser-Vorräte zu knapp bemessen waren.

Die politischen Verantwortlichen sind ratlos. Umberto Bossi, der Vorsitzende der Lega Nord, beklagte, die Fremden würden „Europa überrennen". Der französische Staatspräsident Jacques Chirac forderte, man müssen „die Verantwortlichen vor ein Gericht" bringen. Bundes-Innenminister Otto Schily setzt auf die Justiz fremder Länder. Die müsse doch, bitteschön, gegen den Menschenhandel etwas unternehmen, wenn sie es sich nicht mit der Europäischen Union verderben wolle, meinte der Minister, der bei der Festnahme Majed Berkis Glückwünsche an die Libanesen übermittelte und seine Strategie der internationalen Kooperation bestätigt sah.

Ein halbes Jahr später schlug Schily hart auf den Boden der Realität auf.

Bereits im März 2002 hatte der Leipziger Staatsanwalt Stefan Barthel gegen Majed Berki erfolgreich einen internationalen Haftbefehl beantragt. Aus zahlreichen Verhören illegal nach Deutschland eingereister und hierzulande festgenommener Berkis-Kunden sowie aus abgehörten Telefonaten wussten die Behörden, daß dessen Touren im Libanon starten. Dort klapperte an den in Frage kommenden Orten die Polizei verschiedene Lebensmittel-Händler ab und fragte nach verdächtigen Großkunden – wer rund tausend Menschen ernähren muß, gibt beim Bäcker ungewöhnliche Bestellungen auf. Zunächst gingen den libanesischen Ermittlern mehrere kleinere Schleuser ins Netz, die Berkis Masche nachahmen wollten. Dann faßten sie den Meister selbst.

Aber der nutzte die Zeit im Knast für zahlreiche Telefonate, vor allem in seine syrische Heimat. Syrien steht im Verdacht, den Menschenhandel zu unterstützen. Und die Regierung in Damaskus gilt als eine Art großer Bruder der Libanesen.

Es kam, wie es kommen musste: ein Militärrichter, der mit dem Fall eigentlich nichts zu tun hatte, setzte Stempel und Unterschrift unter eine Entlassungs-Urkunde. Das Papier öffnete für Majed Berki die Gefängnis-Pforte. Der Innenminister des Libanon, Elias Murr, war – so ein Pech – über den Vorgang leider nicht informiert. Auch Generalstaatsanwalt Adnan Addum wußte dummerweise von nichts. Und die zuständige Richterin wurde, welch' ein Zufall, ebenfalls nicht gefragt. Nun ist Berki verschwunden und plant wahrscheinlich seinen nächsten Coup. Otto Schily schäumte und schrieb am 13. November 2003 einen bösen Brief an Elias Murr: „Mit großer Bestürzung habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Organisator mehrerer großer Schiffsschleusungen, Majed bin Ahmad Muhammad (alias Majed Berki), Anfang Oktober dieses Jahres auf Grund der nicht nachvollziehbaren Entscheidung eines Militärrichters aus der Untersuchungshaft entlassen wurde."

Was aber hätte sich verändert, wenn Majed Berki tatsächlich der Prozeß gemacht worden wäre? Wahrscheinlich wären dann einfach andere Schleuser an seine Stelle getreten. So ist das eben im Geschäftsleben: wo ein Markt besteht, finden sich auch (ggf. risikobereite) Anbieter. Tausend Arbeitssuchende bringen dem Menschenhändler drei bis vier Millionen Dollar ein. Abzüglich der Kosten verbleibt ein sechsstelliger, manchmal knapp siebenstelliger Gewinn. Da bekommt mancher Businessman feuchte Hände.

Solange weltweit viele hundert Millionen Menschen unter Verhältnissen leben, die von völliger persönlicher Perspektivlosigkeit geprägt sind, wird der Ansturm auf die wirtschaftlich besser entwickelten Regionen der Welt nicht abreißen. Wer Flüchtlingsströme eindämmen will, muß die Armut bekämpfen. Die Bekämpfung der Armut setzt die Überwindung eines internationalen Wirtschaftsgefüges voraus, in dem den Ländern der Dritten Welt die Rolle eines Rohstoff-Lieferanten ohne eigene industrielle Infrastruktur zugewiesen wird.

Voraussetzung für den Aufbau einer industriellen Infrastruktur ist Bildung. Bildung und praxisorientierte Ausbildung sollten zum weltweiten Exportschlager der Europäer werden. Statt Armutsflüchtlingen aus aller Welt über die Asyl-Schiene einen jahrelangen, für die Volkswirtschaften der Herkunftsländer unproduktiven und für die Situation auf dem hiesigen Arbeitsmarkt verheerenden Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen, sollten wir jungen Menschen aus den Ländern der Dritten Welt bei uns Studien- und Ausbildungs-Möglichkeiten bieten. Nach einem erfolgreichen Abschluß müssten sie in ihre Heimatländer zurückkehren, um dort die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln. Als Gegenleistung kämen Rohstoff-Lieferungen in Frage – soweit ein solches Bildungsangebot nicht womöglich zumindest teilweise auch kostenlos unterbreitet werden kann.

Dies allerdings würde voraussetzen, daß wir Deutschen zunächst unsere hausgemachte Bildungsmisere in den Griff bekommen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, was die noch verbliebenen Reste der Weltgeltung von Made in Germany ausmacht: jene hochwertige Technik, für die Deutschland im 20. Jahrhundert in aller Welt berühmt geworden ist. Es gilt, sich auf die deutschen Kerntugenden zu besinnen. Und unser Wissen und unsere Fähigkeiten mit anderen zu teilen. So könnten sich Deutschland und Europa zur führenden Friedensmacht des 21. Jahrhunderts entwickeln – und verhindern, daß sie eines Tages tatsächlich einfach überrannt werden.



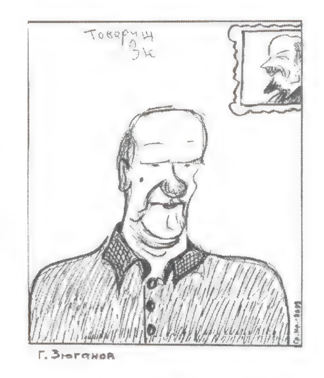
Festnahme von Afrikanern durch die spanische Polizei: *„Wer Flüchtlingsströme eindämmen will, muß die Armut bekämpfen."*

Schwarze PR in Russland

Schmähen und Lügen als Lehrfach an der Universität

Schwarze PR ist in Russland mittlerweile so weit verbreitet, daß die Universitäten des Landes die Auseinandersetzung mit dem Phänomen medialer Desinformation in ihr Lehrprogramm aufgenommen haben. „Unter schwarzer PR verstehen wir Wahlkampfmethoden, die das Image des politischen Gegners beschädigen", sagt Fedor Schulitow von der „Agentur für professionelles Management und Consulting", die Wahl-Kampagnen für russische Politiker organisiert. Wie so etwas aussieht, kann man nicht nur anhand der Arbeit privater Propaganda-Macher bestaunen, sondern auch im staatlichen russischen Fernsehen.

Kurz vor der letzten Duma-Wahl „informierte" der Kreml-Sender ORT die Öffentlichkeit über die Einrichtung eines Museums in einem Dorf bei Urjol für den Vorsitzenden der russischen Kommunisten, Gennadi Sjuganow. Gezeigt wurden eine Sjuganow-Büste und angebliche Alltags-Gegenstände des Politikers, der als größenwahnsinnig dargestellt werden sollte. Die in einem Landhaus aufbereitete Szenerie erinnerte an eine Stalin-Kultstätte – und war komplett von Sjuganow-Gegnern eingerichtet worden, was aber erst nach dem Wahltag nachgewiesen werden konnte. Dagegen mutet die hier dokumentierte Sjuganow-Karikatur phantasielos an, die den Politiker als Säufer mit roter Nase vor einem Lenin-Portrait darstellt.



Die Wochenzeitung „Argumenty i Fakty" druckte ein Interview mit einem Wahl-Kandidaten und platzierte daneben eine Karikatur, die den Politiker als Esel darstellte – gegen Bezahlung aus der Wahlkampf-Kasse seines Kontrahenten.

Gefälscht wurde ein Flugblatt eines Kandidaten des Wahlbündnisses Jabloko, der damit drohte, sich umzubringen, falls er nicht gewählt werden würde. Mehrfach beschmierten zudem russische Parteien ihre eigenen Wahlplakate – und bezichtigten sodann ihren jeweiligen Gegner unfairer Wahlkampf-Methoden.

Die 32 in Russland zur letzten Wahl zugelassenen Parteien sollen nach einem Bericht der Zeitung „Wedemosti" zusammen rund 1,8 Milliarden Dollar für ihren Wahlkampf ausgegeben haben. Etwa 10 Prozent davon seien in Schwarze PR investiert worden, berichtet das Blatt.



Belgien zerbricht

Der Staat Belgien wird zerfallen. Davon geht Jörg Beckmann aus, der als Korrespondent mehrerer deutscher Tageszeitungen in Brüssel arbeitet: „Die Frage Zusammenhalt oder Zerfall Belgiens beherrscht unterschwellig alle Themen", berichtet der Journalist. Belgien wurde 1830 als ein Ergebnis des Ränkespiels europäischer Fürstenhäuser künstlich geschaffen. Die im belgischen Staat zwangsvereinten Flamen und Wallonen erhielten 1993 im Rahmen einer bundesstaatlichen Neugliederung des Königsreiches zwar eine Reihe von weitgehenden Rechten in kulturellen Angelegenheiten, wollen sich damit aber nicht zufrieden geben.

„Der Graben, der Flandern und die Wallonie trennt, wird nicht schmaler", schreibt Beckmann. Er prognostiziert: „Was bleiben wird, sind in einigen Jahrzehnten zwei souveräne Kleinstrepubliken oder zwei Staaten unter dem formellen Dach der Monarchie."

Kroatien contra Den Haag

Die Ende letzten Jahres neu gewählte kroatische Regierung will nicht uneingeschränkt mit dem Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag zusammenarbeiten. Kroatische Soldaten sollen künftig nicht mehr an das UN-Tribunal überstellt werden, heißt es aus der Führung der national-konservativen Regierungspartei HDZ. Der bekannte kroatische Rechtsanwalt Andrija Hebrang soll mit Den Haag verhandeln, um Anklagen und Urteile gegen Kroaten abzuwenden. Das Land habe sich im Krieg lediglich gegen eine serbische Aggression gewehrt, sagt der populäre Anwalt.

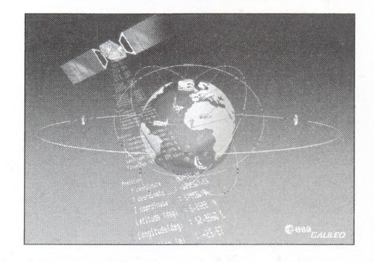
Hebrang ist der Sohn eines jüdischen Kommunisten-Führers, der sich 1945 für eine unabhängige kroatische Republik in Jugoslawien stark gemacht hat. Er fiel deshalb bei Tito in Ungnade und wurde 1948 ermordet.

NS-Angeklagter war US-Agent

Der mutmaßliche NS-Verbrecher Ladislav Niznansky soll jahrzehntelang für den US-Geheimdienst CIC gearbeitet haben. Das erklärte ein Mitarbeiter des tschechischen Innenministeriums gegenüber dem Fernsehsender CT. Der heute 86jährige wurde nach Kriegsende von einem slowakischen Gericht von dem Vorwurf freigesprochen, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Den Angaben zufolge verpflichtete er sich als Gegenleistung zur Mitarbeit beim tschechoslowakischen Geheimdienst StB. Nach einem Umzug nach Österreich trat er in den Dienst der amerikanischen CIC. 1948 zog er in die Bundesrepublik Deutschland, nahm die deutsche Staatsbürgerschaft an und arbeitete in München bis 1983 für den anti-kommunistischen amerikanischen Propaganda-Sender „Radio Free Europe".

Niznansky wird vorgeworfen, 1945 für ein Massaker in der Slowakei verantwortlich gewesen zu sein. Die Klageschrift bezieht sich auf jene Vorwürfe,

von denen der Beschuldigte unmittelbar nach Kriegsende von den Slowaken freigesprochen wurde. Bei dem Massaker sollen 164 Menschen ermordet worden sein.



USA navigieren Galileo

Im Kriegs- oder Krisenfall können die USA jederzeit ohne Rücksprache mit europäischen Stellen das europäische Navigationssystem Galileo abschalten oder manipulieren. Das ist das Ergebnis von europäisch-amerikanischen Verhandlungen in Den Haag. Damit haben die Amerikaner auf Galileo die gleichen Einfluß-Möglichkeiten wie auf das amerikanische „global positioning system" (gps).

Bereits während des Irak-Krieges warnte der ADAC davor, sich auf gps zu verlassen. Während des Kosovo-Krieges wurde gps massiv vom amerikanischen Militär manipuliert, um eine Nutzung durch den Kriegsgegner auszuschließen. Mit Hilfe des System wurden zudem amerikanische Raketen, Bomben und Marschflugkörper ins Ziel gesteuert. Galileo ist zwar für eine zivile Nutzung vor allem durch Autofahrer konzipiert worden, hat aber militärisch nutzbare Hintertüren, die die US-Militärs jederzeit öffnen können.

Schwedisch-israelischer Eklat

In Stockholm hat der israelische Botschafter im Januar einen Eklat verursacht, der die diplomatischen Beziehungen zwischen Schweden und Israel belastet. Botschafter Zvi Mazel wurde ins schwedische Außenministerium einbestellt, nachdem er am 16. Januar eine Installation des schwedisch-jüdischen Künstlers Dror Feiler beschädigt hat. Im Rahmen einer Ausstellung im Historischen Museum der schwedischen Hauptstadt zeigte Feiler ein mit blutrotem Wasser gefülltes Bassin, in dem ein Boot mit einem Bild der palästinensischen Selbstmord-Attentäterin Hanadi Schadrat schwimmt, die im Oktober 2003 in Haifa 21 Israelis mit sich in den Tod gerissen hat. Das Boot wird von Scheinwerfern angestrahlt. Einen der Scheinwerfer stürzte Mazel in das Bassin und löste dadurch einen Kurzschluß aus.

Die Installation steht im Zusammenhang mit einer Stockholmer Konferenz zur „Verhinderung von Völkermord". Feiler bewertete es als „tragisch", daß eine künstlerische Arbeit, die „Versöhnung will", dem „Vandalismus ausgesetzt" worden sei. Mazel dagegen sprach von einer „widerwärtigen Installation", die zum „Genozid am jüdischen Volk" aufrufe.

Hetze gegen Avraham Toledo

Der israelische Botschafter in Wien, Avraham Toledo, ist kurz nach seiner Berufung ins Amt Ende 2003 zum Zielobjekt einer Hetzkamapgne in Israel geworden. Er würde seine Frau schlagen und müsse deshalb abberufen werden, hieß es im israelischen Fernsehen. Die Vorwürfe waren indessen frei erfunden. Hintergrund ist Toledos Haltung gegenüber den Deutschen, die von manchen israelischen Politikern als zu freundlich bewertet wird.

Mitte 2003 machte sich Toledo Feinde, als er öffentlich äußerte, er habe in der Alpenre-

„Fuck the Nazis"

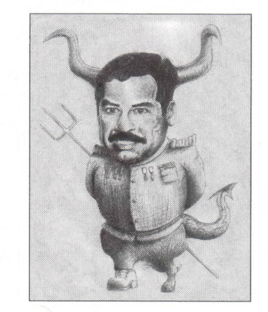
Wie das britische Boulevardblatt „Daily Mirror" berichtet, soll der Papagei des früheren Premierministers Winston Churchill im Alter von 104 Jahren immer noch bei bester Gesundheit sein und gegen die Deutschen schimpfen. Die für ihre Kampagnen gegen die „Hunnen" berüchtigte Zeitung behauptet, Churchill habe die Papageiendame „Charlie" im Jahre 1937 gekauft und ihr sofort Flüche gegen die Deutschen beigebracht. Auch bei Sitzungen des Kriegskabinetts sei der Vogel zugegen gewesen und habe die Runde mit Sprüchen wie „Fuck Hitler" und „Fuck the Nazis" aufgemuntert. Nach Churchills Tod 1965 habe ein Tierhändler den Papagei gekauft.

Charlie habe aber leider auch pornographische Vokabeln im Repertoire und sei deshalb aus der oft von Kindern besuchten Zoohandlung auf's Land verbannt worden, heißt es in dem Bericht weiter. Seit 12 Jahren befinde er sich in der Obhut seiner jetzigen Pfleger, die zitiert werden mit der Äußerung: „Charlie ist inzwischen etwas zerzaust, aber wir hängen alle sehr an ihr."

Was tun mit Saddam?

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat in ihrer Ausgabe vom 17. Dezember 2003 bemerkenswert offen berichtet über amerikanische Vorschläge zum Umgang mit Saddam Hussein. Unter der Überschrift „Das Drehbuch für Saddams Vernehmung" schreibt die „FAZ":

„Bill Bennett, der während der Präsidentschaft Ronald Reagans amerikanischer Bildungsminister war und unter Präsident Bush senior als Drogenbeauftragter diente, empfiehlt Folgendes für die Verhöre von Saddam Hussein: Die Ermittler sollten dem gestürzten irakischen Diktator Nadeln unter die Fingernägel schieben; das sei doch eine der üblichen Methoden, äußerte der konservative Hardliner zur besten Sendezeit des Nachrichtensenders Fox News. (...) Und was sagt der amerikanische Präsident zu Verhörmethoden wie Schlafentzug?, wollte Talkmasterin Diane Sawyer in einem der seltenen Fernsehinterviews mit George W. Bush wissen. Der Präsident antwortete zunächst ausweichend: Er habe keine Ahnung, was die Ermittler mit Saddam Hussein machen. (...)



Zu denkbaren Verhörmethoden zählte der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Repräsentantenhaus, Porter Goss, auch ‚Schlafentzug und ähnliche psychische Druckmittel'. Es gehe darum, ‚eine Atmosphäre zu schaffen, die zu wahrheitsgemäßen Äußerungen ermutigt', schilderte der Republikaner aus Florida."

publik „nie Antisemitismus erlebt". Die Zeitschrift „Die Jüdische" warf Toledo vor, bei der „Verfolgung von Nazi-Verbrechern und NS-Schergen" zu nachgiebig zu sein, weil er sich geweigert hatte, das Simon-Wiesenthal-Center in New York zu unterstützen. Toledo werden freundschaftliche Kontakte zur schwarz-blauen Regierung in Wien nachgesagt.

Imam inhaftiert

Ein spanisches Gericht hat einen islamischen Religionsführer zu einem Jahr und drei Monaten Haft verurteilt. Der Gottesmann hatte ein Buch für moslemische Ehemänner geschrieben, in dem u.a. Ratschläge für die körperliche Züchtigung ungehorsamer Ehefrauen enthalten sind. Insbesondere erklärt der Vorbeter der Moschee des Badeortes Fuengirola, Mohammed Kamal Mustafa, mit viel Liebe zum Detail, wie der islamische Mann seine Frau fachgerecht verprügelt. Dazu sei zu empfehlen, „mit nicht zu dicken Ruten" auf die Füße oder die Hände zu schlagen. Dadurch würden Blutergüsse oder Narben verhindert, die hässlich seien oder sogar Arztkosten verursachen könnten, erläuterte der Imam.

Frauen als Unfall-Ursache?

In Saudi-Arabien verursachen angeblich Frauen die meisten Verkehrsunfälle, obwohl sie selbst in dem islamischen Königreich gar keinen Führerschein machen dürfen. Das behauptet jedenfalls eine Studie der Universität Umm al-Kura in der heiligen Stadt Mekka. Demzufolge würden Frauen vom Beifahrer-Sitz aus häufig die männlichen Fahrzeug-Lenker belehren und ihnen unsinnige Anweisungen erteilen. Eine weitere Unfall-Ursache sei die Neigung der Frauen, mit den am Steuer sitzenden Ehemännern oder anderen „für sie verantwortlichen männlichen Verwandten" während der Fahrt Streit anzufangen.

Rechtsruck in der Schweiz

Der rechts-konservative Politiker Christoph Blocher ist neuer Justizminister der Schweiz. Er setzte sich im dritten Wahlgang mit gerade zwei Stimmen Vorsprung gegen die Kandidatin der Christlichen Volkspartei (CVP), Ruth Metzler, durch. Neben den Parlamentariern von Blochers eigener Partei, der SVP, müssen bei der geheimen Abstimmung auch mehrere „Abweichler" anderer Parteien für den Eisbrecher der Schweizer Politik votiert haben. Drei Abgeordnete einer kleinen Linkspartei aus der Westschweiz hatten angekündigt, „keinem Kandidaten der bürgerlichen Parteien" (gemeint war u.a. die CVP) ihre Stimme geben zu wollen. Auch mehrere CVP-Parlamentarier stehen im Verdacht, ihr Kreuz bei Blocher gemacht zu haben.

Auf ihrer Internetseite www.svp.ch hat Blochers Partei Positionspapiere zu ihren Schwerpunktthemen veröffentlicht, mit denen der erfolgreiche Unternehmer bei allen Wahlen in jüngerer Zeit zweistellige Ergebnisse eingefahren hat:

- Für eine eigenständige Aussenpolitik
- Schluss mit Gewalt und Drogen an unseren Schulen!
- Die Familie - das bleibende Fundament der Gesellschaft
- Für ein wirkungsvolles Asylgesetz
- Geld allein garantiert keine Integration
- Migrationspolitik - glaubwürdig und zukunftsorientiert

Im Papier für ein wirkungsvolles Asylgesetz heißt es u.a.:

„Für weniger missbräuchliche Asylgesuche:

Die Drittstaatenregelung ist gemäss der Formulierung der Asylinitiative zu übernehmen. Insbesondere sind die Ausnahmebestimmungen zu streichen.

Humanitäre Aufnahme und provisorische Aufnahme sind zu streichen. Das bisherige System der vorläufigen Aufnahme ist gemäss den ursprünglichen Absichten des Gesetzgebers restriktiv zu handhaben.

Die Erwerbsarbeit ist während des Verfahrens zwingend zu untersagen.

Zur Beschleunigung von Verfahren und Vollzug:

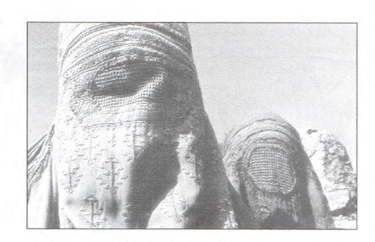
Für die Verfahren sind zwingende Fristen festzusetzen, ebenso für die Rekurse und Wiedererwägungsverfahren bzw. Revision.

Spätestens nach dem erstinstanzlichen Entscheid ist unverzüglich mit der Papierbeschaffung zu beginnen.

Abgewiesene Asylbewerber sollen in ihrer Freiheit beschränkt werden können.

Die Möglichkeit der Durchsuchung von Asylsuchenden ist auf ihnen nahe stehende Personen auszudehnen, um zu gewährleisten, dass versteckte Identitätspapiere auch sichergestellt werden können.

Das Postgeheimnis ist gegenüber Asylsuchenden aufzuheben."



Bankbesuch verschleiert?

Ein Wachmann der Société Générale hat Schwierigkeiten bekommen, weil er einer Muslima den Zutritt zu einer Pariser Filiale der Bank verweigert hatte, da sich die Frau weigerte, ihre Verschleierung abzunehmen. Das berichtet die Tageszeitung „Le Monde". Der Wachmann habe wohl die Sicherheitsvorschriften zu eng ausgelegt, entschuldigt sich ein Sprecher der Bank. Grundsätzlich seien die Kunden angehalten, beim Betreten einer Bankfiliale keine Helme, Kopftücher oder Burkas zu tragen. „Kundinnen mit Kopftuch werden aber zugelassen, sobald sie identifiziert werden können", stellte ein Sprecher der Société Générale klar.

Kuba offline

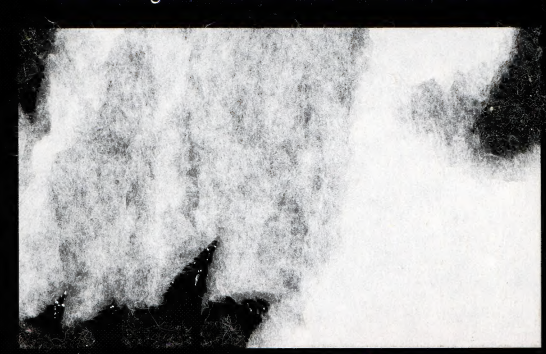
Einen neues Gesetz erschwert den Internet-Zugang auf Kuba. Wie die BBC berichtet, können auf Kuba seit Januar nur noch „autorisierte Personen", beispielsweise Mitarbeiter von Regierungsbehörden, einen privaten Internet-Zugang einrichten. Die staatliche Telefongesellschaft Etecsa soll dem Bericht zufolge mit neuen technischen Mitteln ausgestattet werden, um illegale Wege ins Netz aufzuspüren. Ein offizieller Internet-Zugang war schon bislang für Kubaner unerschwinglich, weil er in US-Dollar bezahlt werden musste.



www.auf-ins-inter.net

Postvertriebsstück G 9476 Entgelt bezahlt
Falls verzogen, bitte mit neuer Anschrift zurück!





„Solange die Zersplitterung unseres Vaterlandes anhält, solange sind wir politisch Null. Wir wollen heimjagen, woher sie gekommen sind, alle die verrückten ausländischen Gebräuche und Moden, alle die überflüssigen Fremdwörter. Wir wollen aufhören, die Narren der Fremden zu sein und zusammenhalten zu einem einzigen, unteilbaren, starken, und so Gott will freien deutschen Volke."

Friedrich Engels (1820 - 1895), Aufruf von 1840